



UNTERNEHMUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Gerüstbau: Lazim Bekija (64) baut seit Jahrzehnten in die Höhe. Seite 7

Jonas Lambert (15)
lernt Pflegefachmann:

«Ich will Leben retten!»

Seite 3

FOTO: RAJA LÄUBLI / ISABELLE HAKLAR / LUCAS DUBUIS

**Daru-Wache: Ein Chef
ausser Rand und Band**
Welche Gesetze? Alleinherrscher
Häfliger macht, was er will. Seite 13

Achtung, Online-Bschiss!
So schützen Sie sich. Seiten 16–17

Ein Füfi mehr Stundenlohn

Anny Favre hat die ersten
25 Jahre der Mindestlohn-
kampagne als Verkäuferin
miterlebt. Im work erinnert
sie sich an geizige Chefs
und Redeverbote. Seiten 4–5





workedito
Anne-Sophie Zbinden

MEHR MEER IST NICHT IMMER MEHR

Knietief steht er im Wasser, in Anzug und Krawatte, und spricht zur 26. Weltklimakonferenz: Die Rede aus dem Pazifik von Simon Kofe, Aussenminister des Südeastaates Tuvalu, ging 2021 um die Welt. Seine Botschaft:

2650 Millionen Mal könnten die Reichsten der Schweiz in die Skiferien fahren.

Wir gehen unter, aber alle anderen auch. Jetzt, kurz vor der 28. Weltklimakonferenz, hat Tuvalu einen Klimaasyl-

Vertrag mit Australien unterzeichnet. Australien bietet erstmals einem anderen Staat aufgrund der Bedrohung durch den Klimawandel Aufenthalts- oder Staatsbürgerrechte an (Seiten 10 und 11).

WINTER ADE. Der höchste Punkt von Tuvalu liegt 5 Meter über Meer, derjenige der Schweiz auf 4634. Dass wir freie Sicht aufs Mittelmeer erhalten, ist daher eher unwahrscheinlich. Mit den tuvalisch weissen Stränden können wir ebenso wenig mithalten. In Sachen Auswirkungen der Klimakrise hingegen schon. Die Schweiz ist besonders stark betroffen. Die Durchschnittstemperatur hat sich bereits um rund 2 Grad Celsius erhöht – gut doppelt so viel wie im weltweiten Durchschnitt. Die Folgen: häufigere Hitzewellen, trockene Sommer, intensivere Starkniederschläge sowie schneearme Winter.

DAS TUT WEH. Die Skigebiete behelfen sich mit Kunstsnow und exorbitanten Preisen. Ein Tagespass kostet schon mal an die 90 Franken, exklusive Skiausrüstung und Mittagessen. Doch der oberste Seilbahner Berno Stoffel relativiert: Für 3000 Franken sei eine Woche Skiferien für eine vierköpfige Familie zu haben, sagte er im «Blick». Als ob alle Familien einfach so mal 3000 Franken exklusive Ausrüstung hinblättern könnten für Ferien. Die Zahlen des Bundesamtes für Statistik wären auch für Stoffel frei zugänglich: Die meisten Arbeitnehmenden verdienen netto zwischen 3000 und 6000 Franken. Bei über 13 Prozent der Frauen sind es zwischen 2000 und 3000 Franken netto (bei 3,2 Prozent der Männer). Sie alle müssen ihre Lebenskosten bezahlen, obwohl alles teurer wird: Lebensmittel, Mieten, Krankenkassen (im Schnitt plus 8,6 Prozent).

Wenigstens halten viele Löhne wieder mit der Teuerung mit. In ihren grössten Gewerbeverträgen erreichte die Unia gar eine Erhöhung über die Teuerung hinaus. Zum Beispiel: plus 120 Franken in der Gebäudetechnik, in der Elektrobranche sind es 2,2 Prozent mehr. Und plus 2,9 bis 3,3 Prozent bei Coop für Löhne bis 4800 Franken. Aber: Die bisherigen Abschlüsse können die Reallohnverluste der letzten zwei Jahre nicht vollständig ausgleichen (Seiten 6 und 7).

ALLE JAHRE WIEDER. Für die Reichsten der Schweiz ist das nur Peanuts. 2650 Millionen Mal könnten sie mit ihren insgesamt 796 Milliarden Franken in die Skiferien fahren. Das Vermögen der Reichsten hat die «Bilanz», wie alle Jahre wieder, in ihrer goldenen Ausgabe berechnet (Seite 8). Damit reiht sie sich ein in die Reichsten dieser Erde. Und tragen damit nicht nur zur Ungleichheit bei, sondern auch überproportional zur Klimakrise. Das wiederum hat, wie alle Jahre wieder, die britische Nichtregierungsorganisation Oxfam berechnet: Die reichsten 10 Prozent sind für die Hälfte des globalen CO₂-Ausstosses verantwortlich. Tuvalu lässt grüssen.

Nach Demos und Petition gegen St. Galler Spital-Kahlschlag: Gewerkschaften wollen den Druck erhöhen

In den St. Galler Spitälern sollen 440 Stellen gestrichen werden. Erste Kündigungen wurden schon gesprochen. Und diese betreffen viele über Fünfzigjährige.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Belegschaft der St. Galler Spitälern ist wütend wie nie. Im Oktober wurde eine Massenentlassung angekündigt (work berichtete: rebrand.ly/massenentlassung-stgallen). Die Enttäuschung über den radikalen Kahlschlag aus der Teppichetage mobilisierte kürzlich 3000 Menschen an die grosse Pflege-Demo in St. Gallen. (work berichtete: rebrand.ly/PflegedemoStGallen). An der Kundgebung wurde klar: Diese Stellenkürzung betrifft die ganze Region, und zwar nicht nur die

Dieser Abbau betrifft auch die Bevölkerung.

Angestellten, sondern auch die Bevölkerung.

Fatime Zekjiri vom Unia-Pflege-

team sagt: «Die Demo hat den Betroffenen gezeigt, dass der Rückhalt in der Bevölkerung gross ist. Sie bleiben kämpferisch.» Wie gross die Unterstützung ist, zeigt auch die am 27. November beim Kantonsrat eingereichte Petition. 6221 Menschen haben unterschrieben und fordern einen Entlassungsstopp, gesicherte Finanzierung der Spitälern sowie eine gute medizinische Grundversorgung für alle.

MASSIVER IMAGESCHADEN

Auch Viviane Hösli, Zentralsekretärin Gesundheit bei der Gewerkschaft VPOD, war an der Petitionsübergabe dabei. Der Zeitpunkt passt, denn der Kantonsrat hält aktuell eine Session. «Es braucht noch mehr Druck», sagt sie. Denn die ersten Kündigungen wurden schon gesprochen. Zudem teilten die Spitalverbände Ende November mit, dass von den rund 8000 Mitarbeitenden 117 eine Kündigung erhalten. Der Abbau der restlichen 359 Vollzeitstellen soll durch Pensensreduktionen, Nichtbesetzung von Stellen, Funktionswechsel und Frühpensionierungen erfolgen.

Für Unia-Frau Zekjiri ist diese Mitteilung irreführend: «Es sind nicht nur 117 Stellen, die wegfallen, sondern weiter-



FÜR GERECHTIGKEIT: Das Spitalpersonal und die Bevölkerung haben in St. Gallen klargemacht, dass sie die Abbaupläne der Regierung nicht einfach hinnehmen. FOTO: KEYSTONE

hin 440 Stellen. Das muss man sich vor Augen halten.» Zudem weiss die Sekretärin, dass einige durch diese Schocknachricht selbst gekündigt haben – aus Angst, Wut oder Enttäuschung. Auch Hösli vom VPOD sagt: «Das Image der St. Galler Spitäler ist massiv beschädigt. Nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter der Belegschaft. Viele von ihnen gehen nicht mehr gerne zur Arbeit.»

ÄLTERE IM VISIER

Beide Gewerkschaftssekretärinnen bestätigen ausserdem, dass unter den bereits geschassten viele über 50jährige sind. Für diese komme auch die Option einer Frühpensionierung nicht in Frage, sagt Zekjiri. Denn: «Egal, ob in der Pflege oder bei den Supportstellen, im Spital arbeiten viele Frauen in Teilzeitpensens. Eine Frühpensionierung wäre daher mit hohen Renteneinbussen verbunden.» Weiter habe das ältere Personal viel Arbeitserfahrung und teilweise Spezialisierungen, die man nicht einfach ersetzen kann.

Bereits jetzt herrscht im Spital überall Personalmangel. Zekjiri: «Die Belegschaft hat Angst vor der Zukunft und macht sich Sorgen um die Patientensicherheit. Klar ist: Sie lassen sich diese Kündigungswelle nicht einfach gefallen.» work bleibt dran.

Aktionstag: «Pflege krankgeschrieben»



Am 22. November organisierte die Unia in neun Schweizer Städten den Aktionstag «Pflege krankgeschrieben». Pflegenden machten vor Ort mit Flashmobs, Infoständen und Reden auf die prekäre Lage in ihrem Beruf aufmerksam.

UMSETZEN, JETZT! Zurzeit sind über 15000 Stellen in der Pflege unbesetzt. Im Gegenzug steigen monatlich 300 aus dem Beruf aus. Verteilt wurde am Aktionstag die «Ibu-ProPflege® Akut», die Wunderpille für die Pflegebranche. Denn die Forderung ist klar: Die angenommene Pflegeinitiative muss jetzt umgesetzt werden! (dak)

In einem Jahr sind 89 000 Mädchen und Frauen ermordet worden So dringend ist Gewaltprävention!

In den letzten zwanzig Jahren wurden weltweit nie so viele Frauen ermordet wie 2022. Ausgerechnet jetzt will Finanzministerin Karin Keller-Sutter bei der Gewaltprävention bremsen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Ein Bericht der Uno zeigt erschütternde Zahlen: Obwohl im Jahr 2022 die Mordrate generell zurückging, kam es zu massiver Gewalt an Frauen. Weltweit wurden vergangenes Jahr 89000 Mädchen und Frauen ermordet. Ein trauriger Rekord, denn so hoch war die Zahl der Femizide in den letzten zwei Jahrzehnten nie.

Aktuelle Zahlen aus der Schweiz zeigen, dass im Jahr 2023 22 Frauen und Mädchen Opfer eines Tötungsversuchs wurden. 18 sind gestorben. Deshalb findet schweizweit aktuell die



GEWALTSPIRALE: Das Emblem der Aktion «16 Tage gegen Gewalt an Frauen». FOTO: ZVG

Aktion «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» statt. Geplant sind Selbstverteidigungskurse, Lesungen und Theateraufführungen. Alle Infos sind zu finden unter 16tage.ch.

Wie prekär die Situation für gewaltbetroffene Frauen hierzulande ist, zeigt die Situation im Berner Frauenhaus. Die Plätze sind voll besetzt – wie immer (work berichtete: rebrand.ly/FrauenhausBern).

Weil sie viel zu wenig Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen hat, wird die Schweiz vom Europarat immer wieder gerügt. Die aktuelle Anzahl Schutzplätze müsste sich vervierfachen, um auszureichen. Und ausgerechnet bei dieser Ausgangslage geizt der Bundesrat bei der Unterstützung für Kampagnen gegen Gewalt.

GEIZEN STATT SCHÜTZEN

Weiterhin werden drei Millionen Franken in Präventionsprojekte gegen die Gewalt an Frauen investiert. Aber kein Franken mehr. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) lässt ausrichten, dass der Bundesrat keine zusätzlichen Gelder für eine spezifische nationale Präventionskampagne des Bundes spricht. Dabei hat der Nationalrat wie auch der Ständerat mit grosser Mehrheit den Vorstoss von SP-Nationalrätin

Tamara Funicello für regelmässige, schweizweite Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt angenommen.

Auf diese Bremse reagierte Funicello mit einem Video. Sie sagt: «Dieser Entscheid zeigt, dass die Politik diese Thematik nicht ernst genug nimmt. Wir akzeptieren das nicht, und wir werden auf die Barrikaden gehen!» Die SP hat bereits eine Petition lanciert: sp-ps.ch/kampagne/gewaltpraevention.

Ausserdem wenden sich 172 Organisationen – darunter Frauenhäuser, Amnesty International Schweiz sowie die Unia – mit einem offenen Brief an die zuständige Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Sie hat es als Finanzverantwortliche der Landesregierung in der Hand, die Kampagnen finanziell zu ermöglichen.

ENGAGIERT: Chef André Flückiger (58) setzt sich dafür ein, dass Gregory Schaller (18) eine gute Ausbildung erhält. FOTO: RAJA LÄUBLI



Schreiner André Flückiger und Stift Gregory Schaller hobeln gemeinsam

«Lernende sind keine billigen Arbeitskräfte»

Wer die Lehre in einer Schreinerei machen will, darf sich nicht vor grossen Maschinen und kleinen Holzspänen fürchten. Zu Besuch bei einem Lehrling und seinem Lehrmeister.

DARIJA KNEŽEVIĆ

In der Werkstatt der Schreinerei Hobel, gleich beim Bahnhof Altstetten in Zürich, geht es hektisch zu und her. Es wird gesägt, gebohrt und geschliffen. Hier wird es nicht nur staubig, son-

«Die Lehre ist weiterhin ein wertvoller Weg, jungen Menschen ein Handwerk beizubringen.»

SCHREINERMEISTER ANDRÉ FLÜCKIGER

dern oft auch stressig. Für Werkstattleiter André Flückiger (58) ist aber klar: «Auch im grössten Stress dürfen wir unsere Lernenden nicht vergessen und müssen sie richtig ausbilden.»

Zurzeit sind in der Schreinerei vier Lernende beschäftigt, für jedes Lehrjahr ein Stift. Einer von ihnen ist Gregory Schaller (18). Er ist im ersten Lehrjahr und somit erst knapp vier Monate im Betrieb, monatlich verdient er 660 Franken. Bislang läuft es gut, er ist zufrieden mit seiner Berufsentscheidung. Dabei war er auf sich allein gestellt: «Ich war im Gymi und habe gemerkt, dass Schulbankdrücken nichts für mich ist. Also habe ich mich auf eigene Faust um eine Lehrstelle gekümmert.» Schaller besuchte Berufsmessen, ging zur Berufsberatung und in Betriebe schnuppern. Sein einziger Anhaltspunkt: In der Primarschule hat er gerne den Werkunterricht besucht. Und genau da sieht sein Lehrmeister das Problem: «Der Werkunterricht wird in der Oberstufe immer mehr aus den Stundenplänen gedrängt. So wissen die Jugendlichen gar nicht, ob sie gerne mit Holz, Metall oder Stoff arbeiten würden.»

HOHE ERWARTUNGEN

Für Lehrling Schaller sind die ersten Schritte im Berufsleben aufregend: «In der Werkstatt darf ich schon erste Maschinen bedienen, aktuell schaue ich

oft meinen Arbeitskolleginnen und -kollegen über die Schulter.» Die Leistungen des 18jährigen an vier Orten stimmen: im Betrieb, in den überbetrieblichen Kursen, in der Berufsschule und auch bei der Berufsmaturität, die Schaller parallel absolviert. Lehrmeister Flückiger: «Das darf der Ausbildungsbetrieb auch nicht vergessen: Von Lernenden werden von allen Seiten konstant gute Leistungen erwartet.»

ABBRÜCHE FRUSTRIEREN

Er ist seit über 25 Jahren Gewerkschaftsmitglied und kümmert sich genauso lange um den Berufsnachwuchs: «Die Lehre ist weiterhin ein wertvoller Weg, jungen Menschen ein Handwerk beizubringen.» Was heute besser sei, sei sicherlich das Selbstvertrauen, das die Jugendlichen mitbringen. Bei der Motivation kann es aber schneller hapern: «Anders als früher brechen Lernende eher eine Ausbildung ab, wenn es nicht passt. Das ist eine schwierige Situation – auch für die Lehrmeister.» Immerhin sei ein Lehrabschluss für den ganzen Betrieb ein Erfolgserlebnis.

Vier Lernende in einer Werkstatt zu betreuen ist eine 100-Prozent-Aufgabe, deshalb wird die Lehrlingsaus-

Unia wirkt – auch für die Jungen

Die Unia engagiert sich für Lernende, beispielsweise fordert sie einen generellen Mindestlohn von 5000 Franken für alle mit Lehrabschluss. Auch während der Ausbildung müssen die Bedingungen besser werden, beispielsweise mit einem 13. Lehrlingslohn. Aktuell läuft eine grosse Unia-Umfrage (rebrand.ly/UmfrageLernende) bei den Lernenden.

bildung in der Schreinerei Hobel auf das ganze Team verteilt. Flückiger: «Betriebe dürfen Lernende nicht als billige Arbeitskraft ausnutzen, sondern müssen sie als vollwertiges Teammitglied aufnehmen und die Ausbildung ernst nehmen.»

Flückiger findet auch, dass Lehrstellen viel zu früh vergeben werden: «Junge Menschen sollen sich genug Zeit nehmen, um den richtigen Beruf für sich zu finden.» Damit vermeide man auch Abbrüche. Die Stelle mit Lehrstart im Sommer 2024 hat die Schreinerei Hobel erst kürzlich vergeben – dieses Mal an eine Frau.

Streik beim Modehaus Gucci

ROM. Beim italienischen Modelabel Gucci sind über 50 Mitarbeitende in den Streik getreten. Damit protestieren sie gegen die geplante Verlegung eines Grossteils des Designstudios von Rom nach Mailand. Gucci ist im Besitz des französischen Luxusgüterkonzerns Kering und hatte im Oktober angekündigt, 153 seiner 219 Designmitarbeitenden von Rom in die 600 Kilometer entfernte Lombardei zu versetzen. Die Belegschaft befürchtet, es handle sich dabei um eine verkappte Massenentlassung.

PK-Renten auf dem Tiefststand

NEUENBURG. Eine miserable Rentensituation für die Frauen und sinkende Pensionskassenrenten für die Männer – das zeigt die Neurentenstatistik des Bundes. Die Rentenlücke der Frauen in der zweiten Säule bleibt enorm: Noch immer erhalten fast ein Drittel der Frauen keine Pensionskassenrente. Die Hälfte der frisch pensionierten Frauen erhalten eine PK-Rente von weniger als 1217 Franken, bei den Männern erhalten die Hälfte weniger als 2077 Franken pro Monat. Seit 2015 ist die mittlere Pensionskassenrente der Männer damit um ganze 9,5 Prozent gesunken – und dies bei einer Teuerung von fast fünf Prozent.

Streiks in der Romandie

GENÈVE. Das öffentliche Personal in Genf hat letzte Woche erneut gestreikt. Die Streikenden protestieren gegen die Budgetkürzungen des Kantons und fordern die automatische Anpassung



WÜTEND: Genfer Staatspersonal auf der Strasse. FOTO: KEYSTONE

der Löhne an die Teuerung plus fünf Prozent mehr Lohn für alle. Auch in Lausanne protestierten 1500 Personen und forderten den vollen Teuerungsausgleich. In Freiburg streikte ein Grossteil des Personals des Jugendamtes mit der Forderung nach einer Aufstockung der Stellen beim Kinderschutz.

Swiss Re und die Skandalfarmen

SÃO PAULO. Der Zürcher Versicherungskonzern Swiss Re hat zahlreiche problematische Verträge mit brasilianischen Grossgrundbesitzern abgeschlossen. Das zeigt eine Recherche von Reportér Brazil und Public Eye. Gegen einige der Farmen wird wegen illegaler Abholzung, bewaffneter Gewalt und Sklaverei ermittelt. Die versicherte Gesamtfläche umfasst 659 000 Hektaren, was etwa der Fläche des Kantons Graubünden entspricht. Einer der versicherten Betriebe ist die Soja-Farm Manto Verde. Sie wurde von den Behörden wegen illegaler Abholzung zum Sperrgebiet erklärt.

So kam in Jonas Lambert Bolivar der Wunsch auf, Leben zu retten

Per Notfall zum Pflegeberuf

Eigentlich wollte Jonas Lambert Bolivar (15) immer eine Lehre als Schreiner machen. Doch ein Notfall an einer Tramstation änderte seine Berufswahl schlagartig

DARIJA KNEŽEVIĆ

Seit knapp vier Monaten ist Jonas Lambert Bolivar Lehrling im Unispital Zürich. Dass er sich für die dreijährige Lehre als Fachmann Gesundheit EFZ entschieden hat, war Zufall. Der 15jährige wohnt in der Nähe einer belebten Kreuzung in Zürich und war da, als sich ein Unfall ereignete. Eine Frau

ist kollabiert, mehrere Passanten halfen und riefen die Rettungssanitäterinnen. Mitten im Geschehen war der damalige Schüler Jonas Lambert Bolivar. Nach diesem Ereignis wusste er: «Ich will Menschen das Leben retten.»

ES WURDE STRESSIG

Die ersten Wochen in der Lehre waren aufregend. Stolz verkündet er: «Seit wenigen Tagen darf ich selbständig Blutdruck messen. Ich finde es schön, dass mir vertraut wird.» Zurzeit begleitet er die Pflegenden, schaut ihnen über die Schultern und kümmert sich darum,

dass das richtige Material an Ort und Stelle ist.

Eine Lehrstelle zu finden war für den 15jährigen nicht einfach. «Nachdem ich mich für eine Lehre entschieden hatte, ging ich in mehreren Betrieben schnuppern und musste Schlag auf Schlag Bewerbungen verschicken», sagt er. Dabei war der Schüler unter Zeitdruck, denn viele seiner Favoriten verlangten die Bewerbungsunterlagen schon mitten in den Sommerferien.

Und so bewarb er sich aus den Familienferien in Schweden. Bei drei Betrieben wurde er zum «Assessment»



INTERESSIERT: Jonas Lambert mag die Hektik. FOTO: RAJA LÄUBLI

eingeladen. Dabei werden Bewerberinnen und Bewerber einen ganzen Tag auf Herz und Nieren geprüft. Sie müssen Rollenspiele und Teamaufgaben lösen und anschliessend ein Bewerbungsgespräch führen. «Das war purer Stress», sagt Jonas Lambert. Nach zwei Absagen erhielt er eine Zusage vom Unispital Zürich. Im ersten Lehrjahr verdient er 800 Franken im Monat.

Und der Stress im Pflegeberuf? Der 15jährige findet es spannend, dass immer etwas los ist. «Ich mache die Lehre, um etwas zu lernen, und nicht, um mich zu langweilen.»

Mindestlohn-Welle Mindestlöhne trotz Chefgestöhne

Ob in Gesamtarbeitsverträgen oder in Gesetzen, Arbeitgeberverbände können Mindestlöhne einfach nicht verputzen. Doch so wie in den Branchen und Betrieben rollt die Mindestlohn-Welle auch in den Kantonen und Gemeinden.

CLEMENS STUDER

Seit der Ablehnung der nationalen Mindestlohninitiative haben die Kantone Neuenburg, Jura, Genf, Tessin und Basel-Stadt Ja zu entsprechenden Volksinitiativen gesagt und Mindestlöhne eingeführt. Aktuell sind Initiativen in den Kantonen Basel-Landschaft, Waadt und in der Stadt Luzern eingereicht und im politischen Prozess. In den Kantonen Freiburg, Solothurn und Wallis werden Unterschriften gesammelt (rebrand.ly/mindestlohn-fr, [mindestlohn-so](https://rebrand.ly/mindestlohn-so) und [mindestlohn-vs](https://rebrand.ly/mindestlohn-vs)). In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau sowie in den Städten Bern und Biel finden Diskussionen über die Einführung eines Mindestlohns statt.

HUNGERLOHN-KOALITION

Wenn das Volk in Kantonen und Gemeinden ernst macht und Mindestlöhne einführt, verzögern Arbeitgeberverbände ihre Einführung gerne juristisch.

So aktuell in Zürich und Winterthur, wo die Stimmenden im Juni mit 69 beziehungsweise 66 Prozent deutlich Ja zu städtischen Mindestlöhnen sagten. Ihre Einführung verzögert jetzt eine Verliererkoalition aus Arbeitgeberverbänden juristisch (rebrand.ly/hungerlohn-koalition). Ihr trauriges Vorbild dürften die Neuenburger Arbeitgeber sein. Denen gelang es während sechs Jahren, die Umsetzung des Volks-Ja zu verhindern und die Überausbeutung der Geringverdienenden durch Dumping-Arbeitgeber zu verlängern. Schliesslich sprach das Bundesgericht ein Machtwort und entschied: kantonale Mindestlöhne sind erlaubt. In Zürich hat jetzt der Bezirksrat dieser Tage aufgrund des Bundesgerichtes die Beschwerden der Hungerlohn-Koalition abgelehnt. Ob diese den Entscheid weiterzieht, war bei Redaktionsschluss noch offen.

Das sind die markantesten Worte der Mindestlohn-Tagung «Den Konzernbossen ist es in die Knochen gefahren»



«Frauen sind immer noch viel stärker von Tieflohnen betroffen. Jede vierte Frau mit Berufsabschluss verdient weniger als 4500 Franken im Monat! Mit unserer Kaufkraftkampagne fordern wir mindestens 5000.– für alle Gelernten.»

VANIA ALLEVA, PRÄSIDENTIN UNIA



«Mindestlohnkampagne heisst: kollektive Aktion der Arbeitnehmenden am Arbeitsplatz, Politisierung der Löhne in der Gesellschaft, wirksame Lohnregulierung in GAV und Gesetzen.»

ALESSANDRO PELIZZARI, DIREKTOR HAUTE ÉCOLE DE TRAVAIL SOCIAL ET DE LA SANTÉ LAUSANNE



«Die Mindestlohnkampagne war ein Wendepunkt für die Gewerkschaftsbewegung: es in die Knochen gefahren, dass sie sich plötzlich für diese skandalösen Tiefstlöhne rechtfertigen mussten.»

PAUL RECHSTEINER, EHEMALIGER PRÄSIDENT SGB



«Die Migros-Führung wollte partout nicht über Löhne und Arbeitsbedingungen reden. Wir konnten das Tabu erst brechen, als wir an den Arbeitsplätzen aktiv wurden und den Skandal sichtbar machten.»

CATHERINE LAUBSCHER, EHEMALIGE ZENTRAL- UND REGIONALSEKRETÄRIN UNIA



«In Branchen, wo die Gewerkschaften aktiv und stark sind, konnten sie den Anteil der Tieflohnstellen stark eindämmen. In wenig organisierten Branchen sind die Tieflohne nicht weniger geworden, sondern teilweise sogar häufiger.»

DAVID GALLUSSER, ÖKONOM SGB



«Bis in die 90er Jahre hat niemand über die damaligen Armutslöhne geredet. Die Arbeitgeberbosse forderten Lohnsenkungen von 30 Prozent.»

ANDREAS RIEGER, EHEMALIGER CO-PRÄSIDENT UNIA

INSERAT

Unser Beitrag als Arbeitnehmende im Baugewerbe: Wir leisten KEINE SCHWARZARBEIT

Für einen fairen Arbeitsmarkt



][A][M][K][B][

Mehr Informationen zu einem fairen Arbeitsmarkt finden Sie hier: www.amkb.org



Verkäuferin Anny Favre (66) über ihre 27 Jahre bei Coop «Sie gaben mir 5 Rappen Lohnerhöhung»

An der Tagung zu 25 Jahren gewerkschaftlicher Mindestlohnkampagne sprach Verkäuferin Anny Myriam Favre eindrücklich über ihr Vierteljahrhundert im Verkauf. work hat die Rede aus dem Französischen übersetzt und dokumentiert sie leicht gekürzt.

«Es war im Dezember vor mehr als 25 Jahren. Eine Kollegin kam mich an die Kasse ablösen: «Du musst sofort aufs Büro.» Mir schiesst durch den Kopf: «Was habe ich falsch gemacht? Hat sich eine Kundin oder ein Kunde über mich beschwert?»

Der Abteilungsleiter lässt mich eintreten. «Frau Favre», sagt er, «wir sind mit Ihrer Arbeit zufrieden. Und haben darum beschlossen, Ihnen eine Lohnerhöhung zu gewähren.» Schweigen. Ich reagiere nicht. Ich warte, was noch kommt: «Fünf Rappen pro Stunde.» Ich schaue ihn an und frage mich, ob das ein Witz ist. Aber nein, der Abteilungsleiter scherzt nicht und fährt weiter: «Sie wissen, dass wir nur ein kleines Kässeli für Lohnerhöhungen haben: Wir haben nicht viel Geld. Also bitte ich Sie, Ihren Kolleginnen nichts davon zu erzählen, denn, wissen Sie, die Kolleginnen könnten neidisch werden.»

Ich kann mich nicht daran erinnern, ob ich meinen Kolleginnen davon erzählt habe. Wahrscheinlich nicht. Es war verboten, darüber zu sprechen. Ich war eine (3-D)-Mitarbeiterin, wie wir auf französisch sagen: *dévouée, docile, discrète*. Also pflichtbewusst, gefügig und diskret.

Damals war ich noch nicht gewerkschaftlich organisiert. Es waren die Demütigungen, die zur Rebellion führten.

DIE ANGST. Es war uns verboten, miteinander über den Lohn zu reden. Wir durften auch nicht mit Journalistinnen und Journalisten reden: Auch das war verboten! Ich denke, einige Chefs wussten dieses Klima der Angst zu nutzen: Der Angst, den Job zu verlieren. Der Angst, nicht genug Arbeitsstunden zu haben. Der Angst vor den Konsequenzen, wenn man etwas sagt oder in die Gewerkschaft eintritt.

Heute denke ich, dass die Angst auf beiden Seiten war. Denn auch die Chefs hatten Angst. Sie hatten Angst, dass wir untereinander über unsere Löhne reden würden. Sie hatten Angst, dass wir mit den Medien reden würden.

«Ich schaue ihn an und frage mich, ob das ein Witz ist.»

Sie hatten Angst, dass wir uns an die Gewerkschaft wenden würden. Dabei brauchten sie keine Angst zu haben. Nur sehr wenige Kolleginnen und Kollegen wussten wirklich, was eine Gewerkschaft ist. Sie hielten sie höchstens für eine Art Versicherung für den Fall von Problemen. Die meisten Kolleginnen wussten nicht, wie Lohnverhandlungen ablaufen. Sie wussten nicht wirklich, was gemeint war, wenn man von Sozialpartnern oder Lohnverhandlungen sprach. Selbst Gewerkschaftsmitglieder hatten Angst: Ich erinnere mich an eine Kollegin aus einem afrikanischen Land, die mich diskret beiseite nahm und sich umschaute, ob uns niemand sah oder hörte, wenn sie mit mir über die Gewerkschaft reden wollte.

MEIN WERDEGANG IM VERKAUF. Ich habe 27 Jahre bei Coop gearbeitet. 13 Jahre davon als Aushilfe im Stundenlohn. Ich arbeitete mehr als 30 Stunden pro Woche und hätte Anspruch auf einen festen Vertrag gehabt. Jedesmal, wenn ich dies beantragte, wurde dies verweigert. 2008 kaufte Coop Carrefour. In «meiner» Coop-Filiale wurden Carrefour-Angestellte versetzt. Die Folge: Coop-Aushilfen «durften» zu Hause bleiben! Nach der x-ten Ablehnung und Erniedrigung zog ich – mit Unterstützung der Unia – in den Krieg, um diesen festen Vertrag zu bekommen. Es war wirklich ein Krieg! Nach monatelangem Gezänk bekam ich den Vertrag mit einem halbwegs angemessenen Gehalt. Einige Monate später erhielten die Kolleginnen und Kollegen, die mehr als



REBELLIN: Verkäuferin Anny Myriam Favre versteckte den Unia-Unterschriftenbogen auf der Arbeit in einer Schublade.

FOTO: LUCAS DUBUIS

50 Prozent arbeiteten, ebenfalls einen festen Vertrag, aber mit dem Mindestlohn: Die Dienstjahre, die Fähigkeiten und die Erfahrungen wurden nicht berücksichtigt.

Als ich den festen Vertrag bekam, wurde ich von der Kasse in die Textilabteilung versetzt. Dort musste ich ganz allein arbeiten. Das habe ich als Strafe empfunden. Ich hatte keinen Kontakt mehr mit den Kassiererinnen, also keinen Einfluss, keine Möglichkeit, neue Kolleginnen und Kollegen über ihre Rechte zu informieren.

Es dauerte auch eine Weile, bis ich in der Belegschaft herausfand, wer der Gewerkschaft angehörte. Man sprach nicht darüber. Ich war bekannt als «diejenige, die zusammen mit der Unia gekämpft hat». Darum kam ab und zu jemand mit einer Frage zu mir. Es war schwierig bis unmöglich, gemeinsame Aktionen zu organisieren. In den Pausen waren wir nie zusammen. Die Arbeitszeiten liessen es kaum zu, Treffen zu organisieren. Wir haben es versucht – es kam niemand. Das Unia-Material wurde trotzdem manchmal im Pausenraum ausgelegt. Am nächsten Tag war es verschwunden: Die Reinigerin hatte alles in den Müll geworfen. Ich bot

ihr Schokolade an, damit sie die Unia-Flyer auf den Tischen liegen liess.

Ich erinnere mich an eine Unterschriften-sammlung, die gut funktioniert hatte. Ich weiss nicht mehr, ob es um die Löhne oder eine andere Forderung ging. In «meiner» Abteilung hatte ich einen Tisch, auf dem wir die Kleider falten konnten. Und der Tisch hatte eine Schublade. Ich habe die Unterschriftenbogen in die Schublade gelegt. So konnten die Kolleginnen unauffällig vorbeikommen und unterschreiben.

HEUTE. Ich bin bald 66 Jahre alt. Ich bin seit einhalb Jahren pensioniert. Ich bekomme monatlich 1409 Franken AHV- und 546 Franken Pensionskassenrente ausbezahlt. Das ergibt ein monatliches Nettoeinkommen von 1955 Franken. Man muss dazu sagen, dass ich nie Vollzeit bei Coop gearbeitet habe und einen etwas atypischen Lebenslauf hatte. Ich danke allen, die sich für anständige Löhne eingesetzt haben – und sich immer noch einsetzen. Löhne, von denen man leben kann und die es auch ermöglichen, dass die AHV-Renten nicht zu niedrig sind.»

Mindestlohn-kampagne Tagung zu den ersten 25 Jahren

Seit einem Vierteljahrhundert führen Schweizer Gewerkschaften eine Kampagne für Mindestlöhne. An einer Tagung zogen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine Zwischenbilanz. Und schauten nach vorn.

CLEMENS STUDER

Im November 1998 leiteten die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) eine lohnpolitische Wende ein. Der an diesem Kongress zum SGB-Präsidenten gewählte Paul Rechsteiner stellte Löhne und Arbeitszeitverkürzung ins Zentrum seiner Tätigkeit: «Das sind nicht nur gewerkschaftliche, sondern auch wichtige gesellschaftliche Fragen.» Angestossen hatte die Mindestlohndiskussion die

1998 begann in der Schweiz die lohnpolitische Wende.

«kleine unia». Für sie begründete Andreas Rieger den Antrag so: «Wir müssen die untersten Löhne zum politischen, öffentlichen Thema machen.» Das gelang den Gewerkschaften in den folgenden 25 Jahren. Der spätere Unia-Co-Präsident Rieger und sein Co-Autor und SGB-Ökonom David Gallusser belegen dies in einer unlängst erschienenen Studie* (work berichtete: www.rebrand.ly/politischeloehne).

LOHN-TABU

Darüber, wie unsere Löhne politisch wurden und warum das zentral ist für die Lohnabhängigen, sprachen an einer Tagung hochkarätige Gäste. Neben den Studienautoren Rieger und Gallusser diskutierten über das vergangene Vierteljahrhundert Mindestlohnkampagne und die Lehren daraus für heute und morgen: Unia-Präsidentin Vania Alleva; Catherine Laubscher, ehemalige Regiosekreterin Unia Neuenburg; Alessandro Pelizzari, Direktor der Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HETSL) und ehemaliger Regiosekreter der Unia Genf; und der ehemalige SGB-Präsident und alt Ständerat Paul Rechsteiner. Unter den Gästen war auch die langjährige Coop-Verkäuferin Anny Myriam Favre. In ihrem Bericht, den work dokumentiert (siehe Artikel links), schilderte sie eindrücklich, wie gross das Lohn-tabu noch vor 20 Jahren war und wie die Arbeitgeber mit der Angst der Arbeitnehmenden spielten.

* 25 Jahre Mindestlohn-kampagne der Schweizer Gewerkschaften kann gratis heruntergeladen werden unter rebrand.ly/25milo.



Nach zehn Verhandlungsrunden und einem 13stündigen Sitzungs-Marathon: Neuer Gesamtarbeitsvertrag Personalverleih mit 3,2 Prozent höheren Mindestlöhnen

Mindestlöhne in der Temporärbranche werden neu jährlich an die Teuerung angepasst. In den nächsten drei Jahren steigen sie sogar noch stärker an.

CHRISTIAN EGG

Er ist der grösste Gesamtarbeitsvertrag der Schweiz: 400 000 Temporärarbeitende profitieren jedes Jahr vom GAV Personalverleih und den darin festgelegten Mindestlöhnen. Jetzt wird er für vier Jahre erneuert. Und die Sozialpartner, darunter die Unia, haben gleich mehrere Pflöcke eingeschlagen, die auch für andere Branchen von Bedeutung sind.

Bereits ab Januar werden das viele Temporäre im Portemonnaie spüren. Denn die Mindestlöhne steigen deutlich an: um 3,2 Prozent. Und damit mehr als die Teuerung (laut Prognose 2,2 Prozent dieses Jahr). Dazu kommen nochmals 0,3 Prozent Nettolohnerhöhung, weil der Berufsbeitrag für GAV-Kontrollen und die Finanzierung von Weiterbildungen sinkt. Unia-Vizepräsidentin Véronique Polito ist zufrieden. Die Arbeitgeberseite habe anerkannt, dass die Mindestlöhne in den letzten zwei Jahren hinter der Teuerung zurückgeblieben seien: «Das holen wir jetzt nach.»

Endlich wieder ein GAV mit dem automatischen Teuerungsausgleich!

Bis dahin war es ein hartes Ringen. Erst in der zehnten Verhandlungsrunde und nach ei-



ERFOLGREICH: Viele Temporärbeschäftigte haben ab Januar höhere Löhne. SYMBOLBILD: KEYSTONE

nem 13stündigen Marathon lag das Resultat auf dem Tisch. Es war die letzte Chance. In den Tagen zuvor hatte die Unia schon die Vorkehrungen für einen vertragslosen Zustand getroffen. Denn für Polito ist klar: lieber keinen Vertrag als einen schlechten.

Jetzt bleibt der Vertrag, und er ist besser als je zuvor. Zwischen 115 und 151 Franken pro Monat steigen die Mindestlöhne im nächsten Jahr, je nach Kategorie und Region. Und danach geht

es im gleichen Stil weiter: In den Jahren 2025 und 2026 gibt es jeweils eine Erhöhung der Mindestlöhne um 35 bis 47 Franken pro Monat, plus den vollen Teuerungsausgleich.

TEUERUNGS AUSGLEICH IST ZURÜCK

Wie hoch die Teuerung dann sein wird, weiss heute niemand. Véronique Polito sagt: «Wir wollten auf keinen Fall jetzt Lohnerhöhungen vereinbaren, die dann von einer hohen Teue-

rung weggefressen werden.» Deshalb kehren die Sozialpartner mit dem Temporär-GAV zu einer alten Tugend zurück: dem automatischen Teuerungsausgleich. Verhandelt wird nur noch über reale Lohnerhöhungen, also solche, die über die Teuerung hinausgehen.

Ab den 1970er Jahren konnte sich dieses Modell in immer mehr GAV durchsetzen. Doch zu Beginn der 1990er Jahre, im Zuge des Neoliberalismus, setzten die Arbeitgeber zum Kahl-schlag an: 1996 gab es genau noch einen GAV mit einem vollen automatischen Teuerungsausgleich. Heute sind es immerhin wieder neun, darunter der Vertrag der MEM-Branche und die Firmen-GAV von Cilag, Elvetino und Stadler Rail.

GESETZLICHE MINDESTLÖHNE GESTÄRKT

Der neue Temporär-GAV enthält noch eine weitere wichtige Bestimmung: Dort, wo gesetzliche Mindestlöhne höher sind als die GAV-Löhne, haben sie Vorrang. Nächstes Jahr profitieren somit Temporäre ohne Lehrabschluss in den Kantonen Genf und Tessin vom kantonalen Mindestlohn. Für alle mit Lehrabschluss gilt dagegen, weil höher, der GAV-Mindestlohn. Mit dieser Regelung stärken die Sozialpartner die Idee einer generellen Lohnuntergrenze, die sich in immer mehr Kantonen und Gemeinden an der Urne durchsetzt, zuletzt in Zürich und Winterthur (siehe Seite 4). Das ist wichtig, weil eine Hungerlohn-Koalition aus SVP, FDP, GLP und der Mitte diese Volksentscheide über Bundesrecht aushebeln will. Sie überwies eine Motion des Mittelständlers Erich Ettlins. Als nächstes muss der Bundesrat dem Parlament eine Gesetzesänderung vorlegen.

Zwischenbilanz aus Branchen und Betrieben: Wo die Unia Erfolg hatte und welche Chefs negativ auffallen Löhne halten wieder mit der Teuerung mit – die Lücke bleibt

Sich regen bringt Segen: in den Branchen, in den Betrieben und auf der Strasse. Eine Zwischenbilanz zu den Lohnverhandlungen zeigt: Mobilisierung wirkt. Aber die Lohnlücke bleibt gross.

Die Unia erreichte in ihren grössten Gewerbeverträgen eine Erhöhung der Löhne über die Teuerung hinaus. Zum Beispiel plus 120 Franken in der Gebäudetechnik (das entspricht 2,5 Prozent und mehr für niedrigere Löhne); plus 124 Franken im Second Œuvre der Romandie. Ähnliche Erfolge gab es etwa im Carrossiergewerbe, in den Gebäudehülle-Berufen, im Isoliergewerbe und in verschiedenen kantonalen Verträgen. Auch in den Dienstleistungsbranchen profitieren die Mitarbeitenden von Realloohnerhöhungen. So steigen bei Coop die Löhne bis 4800 Franken generell um 140 Franken (2,9 bis 3,3 Prozent). Wichtige Branchenverträge sehen erhebliche Mindestlohnsteigerungen vor (mehr Details in der Tabelle rechts).

RICHTIGE RICHTUNG. In den Industriebranchen stehen viele Lohnverhandlungen noch bevor. Doch positive Beispiele, wie 4 Prozent mehr Lohn bei der Giesserei Nottaris und der Anstieg der Mindestlöhne um 200 Franken und der Effektivlöhne um 2,3 Prozent bei Wander, zeigen die Richtung.

Aber: Die bisherigen Abschlüsse können die Reallohneinbussen von durchschnittlich 2,7 Prozent in den Jahren 2021 und 2022 nicht vollständig ausgleichen. Negative Ausreisser, wie die von den Baumeistern durchgezwängte Nullrunde, beeinträchtigen das Gesamtbild. Mobilisierungen bleiben wichtig. Nur mit ihnen kann die Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen gestoppt werden. (cs)

GAV	Effektivlöhne	Mindestlöhne	Weiteres
Personalverleih		3,2 Prozent auf alle Mindestlöhne	bis 2027 Teuerungsausgleich auf Mindestlöhnen plus reale Erhöhung um 30 bis 60 Fr. je nach Kategorie
Carrossiergewerbe	plus 125 Fr. generell (Plafonds bei 6700 Fr.)	Nichtqualifizierte: plus 75 Fr.	
Elektrikerinnen und Elektriker	2,2 Prozent generell	separat im GAV	
Gebäudehülle D-CH plus TI	plus 100 Fr. generell	plus 1,6 Prozent Lernende: plus 100 Fr.	Mittagsentschädigung: plus 2 Fr., 1 Ferientag
Gebäudetechnik	plus 120 Fr. generell (= plus 2,4 Prozent bei einem Lohn von 5000 Fr.)	je nach Kategorie plus 100 bis plus 400 Fr.	
Isoliergewerbe	Anhebung auf Mindestlohnstufe plus 1,7 Prozent generell (bis 5950 Fr.)		Mittagsentschädigung: plus 1 Fr.
Second Œuvre Westschweiz	plus 124.40 Fr. generell	je nach Kategorie plus 106 bis plus 133 Fr.	2025, 2026 und 2027 jeweils automatischer Teuerungsausgleich (bis 1,5 Prozent) plus 44 Fr. Realloohnerhöhung
Autogewerbe VS	2,3 Prozent generell	plus 110 Fr.	2 Ferientage
Autogewerbe UR	plus 80 Fr.	plus 80 Fr.	
Glaser Bern	plus 70 Fr. generell plus 30 Fr. individuell	je nach Kategorie plus 1,4 Prozent bis plus 3,45 Prozent.	
Coop	plus 140 Fr. generell bis 4800 Fr. (plus 2,92 Prozent bis 3,33 Prozent) Lohnsumme total plus 2,2 Prozent	je nach Kategorie plus 2,44 Prozent bis plus 6,97 Prozent	Gutscheine 300 bis 600 Fr.
Coiffeurgewerbe		je nach Kategorie und Anzahl Berufsjahren zwischen 1,8 Prozent und 12,5 Prozent (Gelernte: 2,7 Prozent bis 7,4 Prozent)	
Elvetino AG	automatischer Teuerungsausgleich plus jährliche Erfahrungszulagen	automatischer Teuerungsausgleich	Reduktion Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden, Sonntagszuschlag
L-GAV des Gastgewerbes		2,2 Prozent plus 5 Fr. auf alle Mindestlöhne	
Reinigung D-CH		Unterhaltsreinigung: plus 0.60 Fr./h = 2,83–2,97 Prozent	plus 8 Prozent für die Jahre 2022 bis 2024
Sicherheitsbranche		1,6 Prozent bis 1,8 Prozent je nach Kategorie	
Nottaris AG (BE)	4 Prozent generell		plus Pauschalen 500–2000 Fr.
Wander (BE)	1,09 Prozent generell plus 1,24 Prozent individuell	plus 200 Fr.	
Ziegelindustrie	plus 120 Fr. (entspricht ca. 2,7 Prozent)	plus 100 Fr. (ab 23 Jahren)	



GUTE MIENE ZUM BÖSEN SPIEL: Gerüstbauer Lazim Bekija sagt, dass er und seine Kollegen für ihre Arbeit nicht richtig honoriert würden. FOTO: ISABELLE HAKLAR

Gerüstbau-Veteran Lazim Bekija (64) über seine Branche «Früher hatte unsereins noch Geld im Sack!»

Im Gerüstbau gibt's 2024 mehr Lohn für alle. Doch bei der GAV-Erneuerung stehen die Arbeitgeber auf der Bremse.

JONAS KOMPOSCH

Wie viele Tonnen Stahl er in seinem Leben bereits verbaut hat, weiss Lazim Bekija nicht. Er hat es nie berechnet. «Einige Zehntausend werden es aber schon sein», sagt der Buezer aus Flamatt FR. Kein Wunder bei Bekijas Laufbahn. Seit über dreissig Jahren ist er Gerüstmonteur in der Schweiz. Angefangen hatte er noch als Saisonnier. Und schon vorher hatte der albanischstämmige Mazedonier einige Jahre in Deutschland «grüschtet». Jetzt, als

Kaum ein Beruf zehrt derart an den Kräften wie der Gerüstbau.

64-jähriger, gehört der fünffache Vater und vierzehnfache Grossvater zu den wenigen Veteranen in der Branche. Die meisten der rund 3600 Gerüstbauer und (ganz wenigen) Gerüstbauerinnen der Schweiz ziehen spätestens um die 40 einen Schlussstrich. Denn kaum ein Bauberuf zehrt derart an den Kräften. Arbeit im Freien bei fast jedem Wetter ist ein Muss. Und laut Suva ist nirgendwo im Bau die Unfallgefahr höher. «Wenn du am Morgen deine Liebsten verlässt, weisst du nie, ob du sie am Abend wieder siehst», sagt auch Bekija. Beim Lohn aber zeigt sich all das nicht. Im Gegenteil.

LÖHNE UNTER DEM BAU-SCHNITT

Im Vergleich etwa zum ebenfalls harten Bauhauptgewerbe liegen die Gerüstbau-Mindestlöhne um bis zu 1000 Franken tiefer. Umso willkommener ist da die generelle Lohnerhöhung, der die Arbeitgeber am 13. November zugestimmt haben: Ab dem 1. April 2024 steigen die Effektivlöhne für alle Gerüstbauer um 1,5 Prozent. Je nach Lohnkategorie entspricht das bis zu 82 Franken pro Monat. Unia-Verhandlungsleiter Simon Constantin sagt: «Bei der aktuellen Teuerung ist das zwar keine Realloohnerhöhung, doch nach dem letztjährigen Plus von generell 102 Franken geht der

Fortschritt immerhin weiter.» Erfreulich sei zudem die Erhöhung der Mindestlöhne um 2,3 bis 3,1 Prozent. Damit haben etwa Ausgelernte neu 5000 Franken auf sicher – 150 Franken mehr als bisher. Über die Lohnerhöhung freut sich auch Bekija, der gegenwärtig 5200 Franken brutto verdient. Das sei «eigentlich viel zu wenig», findet er, «wenn man bedenkt, was wir leisten!» Und überhaupt, holt Bekija aus: «Früher hatte unsereins noch Geld im Sack! Die Beizen waren am Mittag immer voll, während der Arbeit hat man gelacht, und die Zünipause war selbstverständlich bezahlt.» Tempi passati: «Heute beginnt das Ghetz schon, bevor du auf der Baustelle bist!» Dringend sei daher die Weiterentwicklung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV). Nur hapert's genau da!

NEUER GAV IM SCHNECKENTEMPO

Die Unia hat über 600 Gerüstbauer zu den drängendsten Berufsproblemen befragt und daraus einen Forderungskatalog gezimmert (siehe Box). Diesen hat sie dem Schweizerischen Gerüstbauunternehmerverband (SGUV) längst auf den Tisch gelegt. Umgekehrt hat der SGUV aber nicht geliefert. Dazu Simon Constantin: «Wir hätten nach den Lohnverhandlungen direkt in die GAV-Verhandlungen starten können, doch die Arbeitgeber haben sich geweigert. Sie wollen erst Ende Januar weitermachen.» Die Folge: Ein modernisierter GAV tritt frühestens 2025 in Kraft. Berufsmann Bekija hat für diese

«So laufen uns die Leute davon.»

GERÜSTBAUER LAZIM BEKIJÄ

Verzögerung kein Verständnis, auch wenn er selbst bald in Rente geht. Er sagt: «So laufen uns die Leute weiterhin davon. Und auch beim Nachwuchs wird's sicher nicht besser.» Die Statistik gibt ihm recht: Die Zahl der Erstjahrstifte ist seit Jahren im Sinkflug und hat sich seit 2018 sogar halbiert – auf nicht einmal mehr zwanzig Lehrlinge! Das Problem hat auch der SGUV erkannt: «Mehr denn je», schreibt er, müsse man «den Gerüstbau als attraktiven und spannenden Beruf mit Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten» präsentieren. Klingt schön und gut. Aber gleichzeitig die GAV-Verbesserungen hinausschieben? Dieses Gerüst wackelt!

Neuer GAV: Das fordern die Monteure

- **Höhere Löhne** und Anpassung der Spesen an die Inflation.
- **Mehr Sicherheit.** Immer mindestens drei Arbeiter pro Equipe; Ausbildung auch der Temporären in erster Hilfe und Höhenarbeiten; genaue Definition der Schutzausrüstung (Schuhe, Helm, Jacken



KNOCHENJOB: Gerüstbauer müssen besser geschützt und bezahlt werden. FOTO: ADOBE

usw.), die die Firma gratis bereitstellen muss; Firmenkleidung nur noch gratis; klare Kriterien und Grenzwerte, die definieren, wann eine Baustelle wegen Hitze, Regen, Schnee, Wind oder Kälte geschlossen werden muss; ein Mechanismus, der wetterbedingte Unterbrüche auch für Firmen attraktiv macht; Pausencontainer endlich auch für Gerüstbauer!

- **Kürzere Arbeitstage.** Reduktion der Jahresarbeitszeit von 2190 auf 2086 Stunden (Einführung des 8-Stunden-Tages); bezahlte Zünipause; Samstagarbeit muss künftig nicht nur angemeldet, sondern von der paritätischen Kommission auch bewilligt werden.
- **Ferien.** Recht auf drei Wochen Sommerferien am Stück; voll bezahlter Vaterschaftsurlaub.
- **Kündigungsschutz:** Verlängerung der Kündigungsfristen, z. B. ab dem 10. Dienstjahr von 3 auf 6 Monate.

Lohnerhöhung steht Etappenerfolg für Stromer und Heiziger

Nach der Demonstration vom Oktober in Zürich kommt Bewegung in die Elektro- und Gebäudetechnikbranche. Doch das Seilziehen um die neuen GAV geht weiter.

JONAS KOMPOSCH

Es ist eine historische Kampagne, die die Elektrikerinnen und Gebäudetechniker gerade fahren. Zum ersten Mal haben sich die beiden Berufsgruppen vereint. Und in der Gebäudetechnik findet erstmals überhaupt eine breite gewerkschaftliche Mobilisierung statt. Jetzt trägt diese Solida-



ERFOLG: Die Demo in Zürich hat Wirkung gezeigt. FOTO: IWAN SCHAUWECKER

rität erste Früchte. Nach der gemeinsamen Oktober-Demonstration in Zürich mit 1200 Teilnehmenden stehen die neuen Löhne fest. Sie steigen in beiden Branchen – und zwar generell, also für alle, und über den Teuerungswert von aktuell 1,7 Prozent.

Konkret gibt es in der Elektrobranche ab Januar 2,2 Prozent mehr. Bei einem Monatslohn von 5400 Franken entspricht das einem Jah-

«Die Löhne sind noch nicht dort, wo sie sein müssten.»

resendplus von 1560 Franken. Das ist eine der höchsten Effektivlohnerhöhungen der letzten zehn Jahre. Gleiches Muster in der Gebäudetechnik: Dort steigen alle Löhne um 120 Franken. Bei einem Lohn von 5000 Franken kommt das einem Plus von 2,4 Prozent gleich – und damit dem höchsten Anstieg seit 2013. Für Yannick Egger, Mitglied der Unia-Sektorleitung Gewerbe, ist dieses Ergebnis kein Zufall: «Es ist das verdiente Resultat des kollektiven Engagements!» Ein erster wichtiger Schritt sei damit gemacht. Doch: «Die Löhne sind noch nicht dort, wo sie sein müssten.» Ganz anders sehen das die Arbeitgeberverbände.

ORGANISATIONSGRAD STEIGT. Sie geben sich alle Mühe, die Gewerkschaftskampagne als nutzlos darzustellen. So schreibt Eitswiss, der Verband der Elektrounternehmer, man nehme die Demo «zur Kenntnis», doch Entscheide würden «nicht durch derartige Aktionen gefällt, sondern am Verhandlungstisch». Und der Gebäudetechnikverband Suissetec macht auf cool: Es handle sich um eine «Kundgebung mit wenig Substanz» und um «viel Lärm, mehr nicht».

Die überbetonte Gelassenheit soll der Buezer-Kampagne den Wind aus den Segeln nehmen. Schliesslich sind erst die Lohnverhandlungen abgeschlossen, aber noch nicht jene über die neuen Gesamtarbeitsverträge. Gebäudetechniker und Stromer fordern weitgehend dasselbe: eine bessere und vertraglich gesicherte Lohnentwicklung, faire Arbeitszeitmodelle zur Reduzierung von Stress, das Recht auf Frühpensionierung, mehr Ferien und voll bezahlte Fahrzeiten. Wie es weitergeht, bestimmt die Branchenkonferenz am 2. Dezember. Unia-Mann Egger ist zuversichtlich: «Die Dynamik ist gut, die regionalen Berufskomitees geben den Ton an, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist deutlich gestiegen.»

Kräftemessen mit Musk Tesla-Streik wird zu globalem Konflikt

Was als lokaler Streik von 130 Mechanikern für einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in den schwedischen Tesla-Servicezentren begann (work berichtete: rebrand.ly/produktionshoelle), weitet sich zu einem globalen Konflikt aus. Laut dem schwedischen Schlichter für Arbeitskonflikte verbot Tesla-Boss Elon Musk seinen lokalen Managern jegliche Konzessionen an die Gewerkschaften, obwohl GAVs seit Jahrzehnten zentraler Bestandteil des skandinavischen Sozialmodells sind. Offensichtlich fühlt sich Elon Musk unendlich stark und denkt, dass er sogar die mitgliederstärksten Gewerkschaften Europas in die



Erne Europa
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Knie zwingen kann. Letzte Woche war Tesla knapp 250 Milliarden US-Dollar wert. Im Vergleich dazu veranschlagte der schwedische Staat für das ganze Jahr 2023 Einnahmen von nur 122 Milliarden US-Dollar.

GEHEIME GEWERKSCHAFTER. Bislang war Elon Musk mit seiner antisozialen Strategie sehr erfolgreich. Auf der ganzen Welt gibt es kein einziges Werk, in dem Firmenleitung und Gewerkschaften einen GAV vereinbart haben. Dementsprechend schlecht sind die Arbeitsbedingungen, nicht nur in Bezug auf die Löhne, sondern auch in Sachen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Nicht nur kommt es in den Tesla-Werken zu mehr schweren Arbeitsunfällen als in vergleichbaren Betrieben. Laut Recherchen des norwegischen Fernsehens NRK benutzt das Tesla-Management auch ein brutales «internes Bewertungssystem», um verunfallte und krankgeschriebene Tesla-Beschäftigte loszuwerden – trotz Kündigungsschutz. Kein Wunder, dass auch in Norwegen und Deutschland immer mehr Tesla-Beschäftigte sich gewerkschaftlich organisieren; zumeist insgeheim, da Tesla auch dafür bekannt ist, Gewerkschaftsmitglieder gezielt zu entlassen.

Musk befürchtet, dass in Deutschland etwas Ähnliches passieren könnte. Ein brutales «internes Bewertungssystem», um verunfallte und krankgeschriebene Tesla-Beschäftigte loszuwerden – trotz Kündigungsschutz. Kein Wunder, dass auch in Norwegen und Deutschland immer mehr Tesla-Beschäftigte sich gewerkschaftlich organisieren; zumeist insgeheim, da Tesla auch dafür bekannt ist, Gewerkschaftsmitglieder gezielt zu entlassen.

PÖSTLER-STREIK. Die streikenden Tesla-Beschäftigten stehen unter einem enormen Druck. Deshalb erhöhte die Metallgewerkschaft IF Metall ihr Streikgeld auf 130 Prozent ihres Tesla-Lohnes. Zudem unterstützen mehrere Gewerkschaften aus Schweden und Norwegen ihre Tesla-Kolleginnen und -Kollegen mit Solidaritätsstreiks. So weigern sich schwedische und norwegische Hafenanarbeiter, Tesla-Autos auszuliefern. Und die schwedischen Pöstler bestreikten Tesla, indem sie keine Autonummern für Tesla-Fahrzeuge mehr ausliefern. Allerdings hat jetzt ein schwedisches Gericht erlaubt, dass Tesla die Autonummern für seine Neuwagen direkt beim Strassenverkehrsamt abholen darf.

MAFIA-METHODEN. «Das ist Wahnsinn!» sagte der Tesla-Boss, als er von dieser Solidaritätswelle im hohen Norden hörte. Laut «Financial Times» befürchtet Musk, dass auch im kürzlich eröffneten Tesla-Werk im Land Brandenburg, Deutschland, etwas Ähnliches passieren könnte. Deshalb hat er sich dazu entschlossen, in die Offensive zu gehen. Am 27. November verklagte er den schwedischen Staat. Die Solidaritätsstreiks der Post seien «diskriminierend» und würden seine «Wirtschaftsfreiheit» beschneiden. Dabei wird er auch von führenden skandinavischen Kapitalisten unterstützt, denen das «sozialpartnerschaftliche Sozialmodell» schon lange ein Dorn im Auge ist. So wirft Maria Landeborn, die leitende Ökonomin der Danske Bank, den Gewerkschaften sogar «Mafia-Methoden gegen Tesla» vor, obwohl Solidaritätsstreiks in Schweden und Norwegen legal sind.

Es wird entscheidend sein, dass die Gewerkschaften Tesla auch in anderen Ländern unter Druck setzen. Die Aussichten dafür sind nicht schlecht. Ironischerweise zeigte der erfolgreiche, grenzüberschreitende Kampf der Ryanair-Piloten im November 2017, dass autokratische Chefs wie Ryanair-Boss Michael O'Leary mehr zur Internationalisierung der Gewerkschaften beigetragen haben als die Manager in sozialpartnerschaftlichen Betrieben.

Die Rangliste der Reichsten in der Schweiz neu gerechnet Der Blocher-Clan hat die Ikea-Familie überholt

Alle Jahre wieder erscheint in der «Bilanz» die Liste der Superreichen. Auch dieses Mal ist sie gleichzeitig unterhaltsam, erschreckend und erhellend.

CLEMENS STUDER

Auf 795 Milliarden Franken schätzt das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» das Vermögen der 300 reichsten in der Schweiz lebenden Menschen. Das ist ein Rückgang um 3 Prozent. Doch

Die Mehrheit der Vermögen sind geerbt oder erspekuliert.

dieser Rückgang um 26 Milliarden im Vergleich zum Vorjahr hat vor allem einen Grund: Die Ikea-Erben Peter, Jonas und Mathias Kamprad werden 41 Milliarden Franken «ärmer» als im Vorjahr eingeschätzt. Der Grund: Die Familienstiftung, in der der grösste Teil des geerbten Vermögens liegt, hat einen neuen Artikel in der Satzung, der besagt, dass ihre Mittel «unter keinen Umständen zugunsten der Familie» eingesetzt werden dürfen. Die Bilanz rechnet den Kamprad-Brüdern deshalb dieses Jahr «nur» noch 13 bis 14 Milliarden Franken zu.

Das heisst: Sie steigen von Platz 1 auf Platz 10 ab. Und werden vom Blocher-Clan überholt: Vater und Kinder kommen zusammen auf 14 bis 15 Milliarden Franken. Als Christoph Blocher 2003 Bundesrat wurde, schätzte die «Bilanz» das Blocher-Vermögen noch auf «nur» 2,5 Milliarden. Der Milliardärs-Clan hat seither also gewaltig vorwärts und in die eigene Tasche gemacht.

Die Kamprad-Erben an der Spitze abgelöst hat Gérard Wertheimer (72). Er besitzt zusammen mit seinem Bruder Alain den Mode-Konzern Chanel, den sie von ihrem Grossva-

ter Pierre geerbt haben. Gérard lebt im Kanton Genf und besitzt 49 Prozent der Aktien, was einem Wert von 41 bis 42 Milliarden Franken entspricht. Sein Bruder Alain (75) besitzt zwar 51 Prozent und ist damit noch ein bisschen reicher, er lebt aber in New York.

Hinter Wertheimer folgen auf **Platz 2 (Vorjahr 3):** Die Roche-Erben-Familien Hoffmann, Oeri und Duschmalé mit 26 bis 27 Milliarden Franken.

Platz 3 (Vorjahr 4): Klaus-Michael Kühne, deutscher Steuerflüchtling und Besitzer des Logistikkonzerns Kühne&Nagel, mit 24 bis 25 Milliarden Franken.

Platz 4 (Vorjahr 5): Die Banker-Familie Safra mit 22 bis 23 Milliarden Franken.

Platz 5 (Vorjahr 6): Die Reeder-Familie Aponte mit 18 bis 19 Milliarden Franken. Mehr zu ihnen im work-Portrait rebrand.ly/aponte.

MILLIARDEN IN DER POLITIK

Es ist kein Geheimnis, dass die bürgerlichen Parteien (Steuer-)Politik für die Reichen und die Konzerne machen. Dafür ist es nicht einmal nötig, dass sich die Superreichen im Parlament abmühen. Sie lassen abmühen. Die aktuell einzige Ausnahme ist Magdalena Martullo-Blocher, die nicht nur das ökonomische, sondern auch das politische (Vor-)Erbe ihres Vaters angetreten hat. Noch ist sie die einzige Milliardärin im Nationalrat, doch mit Beginn der neuen Legislatur bekommt sie ein Gspänli. Für die Solothurner FDP zieht Milliardenerbe Simon Michel in den Nationalrat. Die Michels (Medtech-Konzern Ypsomed) haben ein Familienvermögen von 3,5 Milliarden. Simon Michel ist CEO und aus dem Kanton Bern in den steuergünstigeren Kanton Solothurn gezügelt. Jetzt wurde er auf den letzten verbliebenen Solothurner FDP-Sitz im Nationalrat gewählt. Als Nachfolger von Kurt Fluri. Ein Milliardenerbe vertritt den einst stolzen Solothurner Volksfreisinn. Sein Vorgänger Kurt Fluri hatte sich als Sohn einer früh verwitweten Weisswäscherin



AUFGESTIEGEN: Die Blocher-Familie hat erneut in die eigene Tasche gewirtschaftet und rangiert nun auf dem 9. Platz. FOTO: MARC WETLI, 13PHOTO



ABGERUTSCHT: Die Ikea-Erben wurden von der «Bilanz» neu eingeschätzt und belegen nun nicht mehr den vordersten Platz. FOTO: ZVG

seinen sozialen Aufstieg noch hart erarbeiten müssen.

99,9967% CHANCENLOS

Die jährliche Reichstenliste ist seit 35 Jahren eine Fleissarbeit der «Bilanz»-Journalistinnen und -Journalisten. Sie ist unterhaltsam. Und erhellend auch. Vor allem, wenn man daran denkt, dass es 99,9967 Prozent der in der Schweiz lebenden Menschen nie darauf schaffen werden. Nicht, weil sie dumm und faul wären. Sondern weil das System es nicht vorsieht. Denn die Mehrheit der Vermögen sind entweder geerbt oder erspekuliert. Erarbeitet sind die wenigsten. Und darum haben auch die wenigsten ein nennenswertes Ver-

mögen. Das zeigt auch die Steuerstatistik des Bundes Jahr für Jahr mit jeweils über einem Jahr Verspätung. Konkret war das Reinvermögen der reichsten 10 Prozent der Schweizer Steuerpflichtigen 2019 mehr als drei Mal so hoch wie das Reinvermögen der restlichen 90 Prozent zusammen. Wie die Einkommensungleichheit hat auch die Vermögensungleichheit in den letzten Jahren zugenommen. 2003 besaßen 3 Prozent der Bevölkerung die Hälfte aller Vermögen. 2019 waren es nur noch 1,6 Prozent. Das heisst: Diese 1,6 Prozent der Steuerpflichtigen besitzen gleich viel wie die übrigen 98,4 Prozent zusammen.

Globus-Käufer Benko: «Grösste Pleite aller Zeiten»

Die Signa Holding des schillernden Immobilienhais René Benko (das work-Portrait hier: rebrand.ly/benko) ist pleite. Sie ist die Muttergesellschaft der Signa-Gruppe mit über 1000 mehrfach verschachtelten Firmen. Am Mittwoch hat die Signa Holding einen «Antrag auf Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung» gestellt. Neunzig Tage haben die Signa-Leute nun Zeit, um einen Sanierungsplan zu erarbeiten. Nach österreichischem Recht müssen mindestens 30 Prozent der ausstehenden Forderungen innert zweier Jahre bezahlt werden können. Im Signa-

Antrag sind die Aktiva der Holding mit einem Buchwert von rund 2,8 Milliarden Euro angegeben. Dem stehen Forderungen von rund 5,3 Milliarden Euro gegenüber. Wiener Medien bezeichnen den Vorgang als «die grösste Pleite aller Zeiten in Österreich».

DIE SCHWEIZER. An der Signa Holding sind auch Schweizer beteiligt. So etwa Arthur Eugster, Besitzer der Kaffeemaschinen-Her-

PARTNER: René Benko (links) und Ernst Tanner.

FOTO: KEYSTONE

stellerin Eugster/ Frismag (11,5 Prozent). Und Ernst Tanner, Lindt & Sprüngli-Chef, der für Benko in der Schweiz den «Türöffner» (Zitat «Bilanz») gab. Aktuell hält Tanner noch 3 Prozent von jenen 10 Prozent, die er 2015 für geschätzte 100 Millionen Franken kaufte. Sein Anteil sank in den folgenden Jahren auf 7 Prozent, weil er Kapitalerhöhungen nicht vollständig mitmachte. Vor

zwei Jahren verkaufte er 4 Prozent für 300 Millionen. Die verbleibenden 3 Prozent wurden vor der Krise auf 200 Millionen Euro geschätzt. Jetzt dürfte das Kapital verloren sein. Doch Tanner wird's verschmerzen können; den Einsatz von 2015 hat er längst wieder, und an Dividendenzahlungen liess es Benko schon in eigenem Interesse nie mangeln. Mehr zittern als Tanner muss die Bank Julius Bär. Die hat mit Benko schwer durchschaubare Kreditgeschäfte am Laufen und ist mit rund 600 Millionen Franken im Risiko.

CLEMENS STUDER

Nahost: Gewerkschafter gegen Rassismus, Krieg und Terror

Dunkle Zeiten für beide Seiten

Auf das grausame Massaker durch die Terrororganisation Hamas folgte der Rachefeldzug Israels mit schon über 15 000 Toten in Gaza. Die neuste Eskalation im Nahostkonflikt beschäftigt auch die Unia, die etliche palästinensische und israelische Mitglieder hat. Viele haben Angst, sich öffentlich zu äussern – nicht aber Mouhammad Ali und Yshai Kalmanovitch.



FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Mouhammad Ali «Wir sind Menschen, keine Zahlen!»

«Ich fühle mich einfach nur ohnmächtig. Und ich bin traurig, sehr traurig, fast schon depressiv. Ich kann einfach nicht abschalten. Ständig habe ich die Bilder des Grauens in meinem Kopf. Bis in meine Träume verfolgt mich der Krieg. Das Einzige, was mir gegenwärtig hilft, ist das Fitnessstudio. Ich trainiere jeden Tag.

Ich habe Verwandte in Gaza. Wie es ihnen geht, weiss ich nicht genau. Der Kontakt ist abgebrochen, es gibt kein Internet und keinen Strom. Ich weiss aber, dass ihre Wohnung angegriffen wurde. Jetzt sind sie obdachlos und nach Südgaza geflüchtet – so wie über eine Million weiterer Menschen. Doch auch dort ist es nicht sicher, sie hungern, und jetzt kommt auch noch der Winter. Eine Tante von mir ist bereits gestorben. Sie hatte Atemprobleme und wollte ins Spital. Sie hat es nicht geschafft – wegen der zerbombten Strassen und des allgemeinen Chaos. Doch selbst wenn sie es geschafft hätte, wäre sie wohl gestorben. Denn die Spitäler sind völlig überfüllt und haben weder Medikamente noch Strom.

Schlimm finde ich auch, dass die Welt zuschaut, wie jeden Tag unzählige Kinder getötet werden. Ich hätte nie gedacht, dass Kinderleben so wenig wert sind. Auch von den westlichen Medien bin ich enttäuscht. Sie berichten einseitig. Wir Palästinenser sind auch Menschen, keine Zahlen! Es ist ein Krieg zwischen Israel und der Hamas. Doch die Mehrheit im Gazastreifen, die Kinder und die normalen Leute, die können doch nichts dafür!

CHANCEN FÜR EINE ZUKUNFT. Was Krieg bedeutet, weiss ich leider genau. Ich bin in der syrischen Hauptstadt Damaskus aufgewachsen. Dorthin waren meine Grosseltern 1948 vertrieben worden. Zuvor lebten sie in der Stadt Tiberias am See Genezareth, der heute zu Israel gehört. 2011 begann der syrische Bürgerkrieg. Er dauert noch heute an und tobte damals mitten in meinem Viertel. Unser Haus wurde angegriffen. Wieder musste meine Familie fliehen. Über Libanon ging's 2013 in die Schweiz, wo bereits ein Onkel lebte.

Was den Leuten in Syrien wie in Palästina fehlt, sind realistische Chancen auf eine Zukunft. Man darf nicht vergessen: Die Menschen im Gazastreifen sind seit 16 Jahren eingesperrt. Sie leben im totalen Elend und haben null Perspektiven. So kann es doch keinen Frieden geben! Was es braucht, sind gleiche Rechte für alle, gegenseitige Akzeptanz und Respekt.» (jok)

Mouhammad Ali (28) ist gelernter Heizungsmonteur und heute Magaziner bei Coop in Interlaken. Als Nachkomme palästinensischer Flüchtlinge ist er in Damaskus geboren. 2013 floh er in die Schweiz. In seinem B-Ausweis steht unter Nationalität: «keine».



FOTO: STEFAN BOHRER

Yshai Kalmanovitch «So schlimm war es noch nie!»

«Seit dem 7. Oktober geht in den jüdischen Gemeinden die Angst um. Jüdinnen und Juden wurden auf offener Strasse beleidigt, angespuckt und sogar geschlagen. Bei uns in Basel wurde der jüdische Friedhof beschmiert, in Zürich und anderen Städten tauchten Hakenkreuze auf. Der Antisemitismus explodiert! Nie hätte ich gedacht, dies in der Schweiz zu erleben. Es fühlt sich so an, als komme die Katastrophe immer näher. Ältere, die den Zweiten Weltkrieg noch erlebt haben, sagen, so schlimm sei es seither noch nie gewesen. Wir Jüdinnen und Juden fühlen uns alleingelassen und einsam. Es gibt zwar Unterstützung, aber oft aus falschen Gründen. So spielen sich jetzt viele Rechte als unsere Freunde auf. In Wahrheit bedienen sie bloss ihre rassistische und islamfeindliche Agenda. Dagegen wehren wir uns dezidiert. Denn Juden und Muslime sind durch die gleichen Bedingungen gefährdet: Wenn man anfängt, die eine Minderheit zu diskriminieren, kommt irgendwann auch die andere Gruppe dran. Deshalb hat sich die israelitische Gemeinde auch klar gegen die Minarettverbot-Initiative ausgesprochen.

AUF DER SEITE DER MENSCHEN. Jetzt haben die Synagogen ihre Sicherheitsmassnahmen verschärft. Viele Gläubige geben sich nicht mehr als solche zu erkennen. Auch ich überlege mir neuerdings genau, ob und wann ich meinen Hut trage. Und dieses Problem stellt sich mir als Jude und nicht als Israeli.

Allerdings möchte ich betonen, dass die Gefahr nicht primär von Palästinensern ausgeht, sondern von Leuten, die die Situation im Nahen Osten gar nicht kennen. Im Gegenteil habe ich sehr viel Mitgefühl und Anteilnahme von palästinensischen Freunden erfahren. Das gibt mir Hoffnung. Leider sagen gewisse Leute: «Du bist Jude, also bist du ein Gegner.» Dabei gibt es bei uns so unterschiedliche Meinungen wie überall. Ich zum Beispiel bin immer für den Frieden eingetreten und habe als Kriegsdienstverweigerer viel dafür geopfert. Auch in der Schweiz habe ich kaum eine Palästina-Demonstration verpasst. Doch jetzt habe ich Angst. Ich bin mir nicht mehr sicher, ob ich an Protesten im Ernstfall verteidigt würde. Dabei ist es doch eigentlich klar: Wir Lohnabhängige müssen zusammenstehen, und zwar auf der Seite der Menschen, nicht auf jener der Regierungen! Und ja: man muss gegen den Krieg kämpfen, aber nicht zusammen mit Antisemiten!» (jok)

Yshai Kalmanovitch (50) ist Doktor der Sprachwissenschaft und Klavierbauer. Der israelisch-rumänische Doppelbürger ist in Netanja bei Tel Aviv geboren. Seit zwanzig Jahren lebt er in Basel.



la suisse existe
Jean Ziegler

WAFFENSTILLSTAND JETZT!

Der junge Genfer Geschäftsmann Henry Dunant traf am Abend des 24. Juni 1859 in Solferino ein. Das lombardische Städtchen war Schauplatz der entscheidenden Schlacht des Franzosen Napoleon III. als Alliierten der italienischen Nationalisten gegen das Königreich Österreich. Auf dem Schlachtfeld sah

Das beharrliche Schweigen von Ignazio Cassis ist ein himmelschreiender Skandal.

Dunant die Sterbenden. Die verwundeten österreichischen und französischen Soldaten lagen hilflos und blutüberströmt da.

Mit den Bewohnerinnen und Bewohnern von Solferino organisierte Dunant erste Hilfe.

PRÄZISE. Es war die Geburtsstunde des humanitären Völkerrechts, genauer: der Überzeugung, dass selbst der Krieg mit seinen furchtbaren Leiden gewissen Regeln zu gehorchen hat. 1863 schuf Dunant gemeinsam mit Freunden das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, ein Jahr später die erste Genfer Konvention. Die nachfolgenden Genfer Konventionen und die nach dem Zweiten Weltkrieg erarbeiteten Zusatzprotokolle verkörpern heute das humanitäre Völkerrecht, unterzeichnet von fast allen Staaten der Welt.

Die Genfer Konventionen sind präzise und konkret: Tötung und Misshandlung von Zivilisten sind verboten. Die Verwundeten und Kranken müssen gepflegt, geschützt und respektiert werden. Angriffe auf Spitäler sind verboten. Inhaftierte Personen müssen human und mit Würde behandelt werden. Geiselnahme ist verboten. Die zivile Infrastruktur, auf die die Menschen zum Leben angewiesen sind, einschliesslich der Strom- und Wasserversorgung, muss verschont bleiben. Unabhängig von einer militärischen Belagerung müssen die Parteien sicherstellen, dass die Zivilbevölkerung Zugang zur Grundversorgung hat, einschliesslich medizinischer Versorgung.

KLAR. Die furchterlichen Verbrechen, begangen von der Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 – Geiselnahme, Massenmord an israelischen Bürgerinnen und Bürgern, Beschuss der israelischen Zivilbevölkerung und Zerstörung ihrer Häuser durch Raketen –, sind eine klare Verletzung des humanitären Völkerrechts.

Die furchterlichen Massens bombardements durch die israelische Artillerie, Kriegsflotte und die F-35-Jagdbomber von Wohnquartieren, Spitälern, Schulen, Moscheen, Kirchen und Marktplätzen, die in einem Monat mehr als 15 000 Tote und 120 000 Schwerstverletzte gefordert haben – die Hälfte davon Kinder unter 18 Jahren –, sowie die Totalblockade der Zivilbevölkerung, sind eine klare Verletzung des humanitären Völkerrechts.

KONKRET. Das Herzstück der Genfer Konventionen ist der Waffenstillstand. Eine Feuerpause reicht nicht. Der Waffenstillstand muss zwischen den Kriegsparteien vom IKRK mit der Unterstützung des Depositärstaates der Konventionen ausgehandelt werden. Depositärstaat ist die Schweiz. Nur der Waffenstillstand ermöglicht den Schutz von Zivilpersonen, die Hilfeleistung an die Bevölkerung und den Gefangenen austausch.

Das beharrliche Schweigen von Aussenminister Ignazio Cassis ist ein himmelschreiender Skandal. Cassis muss den Waffenstillstand fordern. Und zudem die in den Konventionen ausdrücklich erwähnte Konferenz der Signatarstaaten für die Wiederherstellung des humanitären Völkerrechts einberufen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Trauerspiel an der Weltklimakonferenz in Dubai Die letzte Ausfahrt vor dem grossen Klima-Desaster

An der Weltklimakonferenz in Dubai wird das Überleben der Menschheit verhandelt. Schlechte Aussichten: Nicht die Regierungen, sondern Öl- und Finanzkonzerne trotz Giga-Bränden genügend Strom hat...



HANDSHAKE FÜR KLIMAASYL: Australiens Premierminister Anthony Albanese (l.) mit seinem tuvaluischen Amtskollegen Kausea Natano. FOTO: KEYSTONE

Zwei Männer in Hawai-Hemden geben sich an einem Südestrand lächelnd die Hand. Das Foto mit Kurzmeldung war leicht zu übersehen: Am 10. November hat der australische Regierungschef seinem Kollegen aus Tuvalu und der gesamten Bevölkerung Tuvalus Klimaasyl gewährt. Denn der Inselstaat versinkt gerade in den steigenden Fluten des Pazifiks, ein Opfer der Klimaüberhitzung. Nun werden seine 9 Atolle digital geklonet, die Tuvalier sollen ihre uralte Kultur im australischen Exil weiterleben, als Avatare auf dem Internet. Jedenfalls solange Australien trotz Giga-Bränden genügend Strom hat...

Die Wissenschaft hat die Schäden des überhitzten Kapitalismus regelmässig unterschätzt.

Es geschieht also tatsächlich. Das ist das Problem mit wandelnden Prognosen: Meistens sind die Zustände, vor denen sie uns bewahren wollen, längst Realität.

Wer heute geboren wird, wird in einer Welt leben, in der fast ein Drittel der Menschheit auf der Flucht vor Fluten, Bränden, Dürre, Vergiftung, Taifunen und Bergstürzen ist, starke Teile der Alpenbevölkerung eingeschlossen. Wie soll das gehen, 3 Milliarden Flüchtlinge? Dann wird es vorbei sein mit freundlichen Shakeshands am Strand.

WAS TUN?

Leider haben wir keinen Grund, an der Prognose zu zweifeln. Die Wissenschaft hat die Schäden des überhitzten Kapitalismus regelmässig unterschätzt, nicht überzeichnet. Was auch immer die Klimaschwurbler behaupten. Jetzt schmelzen die Pole viel schneller als erwartet. Plus 1,5 Grad sollten eigentlich verhindert werden (Pariser Abkommen 2015), inzwischen rechnen sie mit mörderischen 3 Grad Erderwärmung oder gar 4 Grad. Das Artensterben galoppiert bereits. 384 Millionen Kinder in Süd-asien leiden Durst. Alte Seuchen bre-

chen wegen Wassermangels erneut aus, wie jetzt in Simbabwe die furchterliche Cholera.

Jeden Tag erreichen uns zehntausend solcher Meldungen, und sie sind durchaus real. Nur: Was sollen wir mit diesen Informationen anfangen? Wir trennen den Müll, und manche tun sogar mehr. Aber dieser Tage geht es um das Überleben der Gattung Mensch.

KLIMAVEPSTER IN DUBAI

Das soll nun die 28. Weltklimakonferenz (COP28) sichern. Unsere letzte Chance, sagen die Fakten. Wir müssen raus aus Öl, Kohle und Gas. Mindestens. Die COP28 hat am 30. November im Öl- und Gasstaat Vereinigte Arabische Emirate (VAE) begonnen. Präsiert wird sie vom Ölscheich Sultan bin Ahmed Al Jaber. Der fördert mit seinem Konzern Adnoc vier Millionen Fass Öl pro Tag. Doch Al Jaber ist vermutlich noch das geringste Problem.

Vandana Shiva, 71, wird in Indien als «Hüterin der Erde» gefeiert. Sie war schon bei der ersten COP vor drei Jahrzehnten dabei: «Damals haben wir von den Umweltbewegungen die Konferenzen übernommen. Jetzt, in Dubai, bestimmen die Milliardäre.» Also jene, die allein mehr CO₂ produzieren als viele Millionen Menschen. Eine Studie der NGO Oxfam belegt: Die reichsten 10 Prozent, Elon Musk, Jeff Bezos, Bernard Arnault, Bill Gates voran, sind für mehr Treibhausgas verantwortlich als 50 Prozent der Weltbevölkerung.

Das Problem: Die Regierungen haben vor dem Kapital kapituliert, auch in Sachen Klima. Shiva hat den «Kippmoment» erlebt, als 2009 der damalige US-Präsident Barack Obama bei der COP15 den anderen Regierungen jede zwingende Massnahme für das Klima verbot. Nach Dubai kamen sie jetzt mit lahmen oder gar absurden technischen «Lösungen». So will etwa der französische Präsident Emmanuel Macron die Welt mit seinen AKW zapflastern. Hauptsache der Profit sprudelt.

CO₂-BOMBEN

Unser Überleben aber, das Klima und die nachhaltige Energie, haben die Regierungen in die Hände der Ölmultis Aramco, Shell, Exxon, BP oder Total gelegt. Ein gigantischer Betrug an der Menschheit. Erst machten die Konzerne ein bisschen Greenwashing. Jetzt fahren sie ihre Investitionen in grüne Energien scharf zurück, entlassen reihum ihre Spezialisten und schmuggeln Ölpropaganda in Videospiele (Shell etwa in «Fortnite. Die Welt retten»).

An der COP28 wollen Konzerne und Banken freie Fahrt schaffen für mehr Finanzspekulationen (CO₂-Zertifikate usw.) und noch mehr Monsterinvestitionen in Öl, Gas und Kohle. 422 solcher Projekte hat die NGO Data for Good dieser Tage identifiziert und kartografiert, auf carbonbombs.org. Die UBS ist gut mit dabei. Allein schon diese 422 «CO₂-Bomben» machen jedes Klimaziel zunichte.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie sozial gestaltet ist Klimapolitik ist Industriepolitik

Ohne eine soziale Abfederung ist die Klimakrise nicht zu schaffen. Und ohne Fachleute sowieso nicht.

CLEMENS STUDER

In der Schweiz gibt es seit dem Sommer ein vom Volk abgelegenes Bekenntnis zu den Pariser Klimazielen (maximal 1,5 Grad wärmer) und eine klare Zustimmung zur zentralen Rolle der öffentlichen Hand. An «den Markt» (und an schnuckelige AKW, die kaum strahlen) glauben offiziell eigentlich nur noch SVP und FDP. Und es gibt viel zu tun. Denn in der Schweiz werden erst gut ein Drittel aller Heizsysteme erneuer-

bar betrieben. Das Solarpotential auf den Dächern ist gar erst zu 6 Prozent ausgeschöpft. Mit dem Klimaschutzgesetz steht jetzt ein Fördermittel-Topf zur Verfügung, der noch mehr Menschen handeln lassen wird.

GUTE JOBS. Wirksame Klimapolitik ist auch Industriepolitik. Der Umbau des Gebäudeparks braucht Berufsleute. Schätzungen gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren rund 90000 zusätzliche Handwerkerinnen und Handwerker nötig sind, um die Energiewende zu schaffen. Ganz besonders dringend braucht es in der Elektro- und Gebäudetechnik neue Fachkräfte. Doch an



denen mangelt es, auch weil sture Chefs die Arbeitsbedingungen immer prekärer werden lassen. Im Moment laufen GAV-Verhandlungen.

ÖKOZOIALER UMBAU. Das Klimagesetz ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch wenn die Energiewende gelingen soll, muss sie sozial sein. Das sind auch die

Gewerkschaften gefordert. Die Unia hat schon früh entsprechende Positionen erarbeitet, nachzulesen zum Beispiel hier rebrand.ly/klima-position und hier rebrand.ly/okozoialer-umbau.

Der ökologische Umbau darf nicht zulasten jener gehen, die am wenigsten für die Klimakrise können. Genau hier setzt die Klimafonds-Initiative an: sie will die dringend nötige Energiewende beschleunigen und sozial gestalten. work hat die Initiative im Detail vorgestellt (rebrand.ly/klima-initiative). Zu den Erstunterzeichnenden gehört auch Unia-Präsidentin Vania Alleva. Unterschreiben kann man hier rebrand.ly/klimafonds.



VEREINT: In Berlin geht die Gewerkschaft gemeinsam mit der Fridays-for-Future-Bewegung auf die Strasse. FOTO: ZVG

Berlin: Klimapolitik und Arbeitskampf hinter einem Banner vereint

Wenn der Tramfahrer mit der Klima-Aktivistin...

Die Klimabewegung ist bei vielen Chauffeusen und Chauffeuren nicht gerade beliebt – Stichwort Klimakleber. Trotzdem engagieren sie sich jetzt für den Klimaschutz.

NIKLAS FRANZEN, BERLIN

Am Rande einer Plattenbausiedlung, ganz im Osten Berlins, liegt der Betriebshof Marzahn. Schon früh sind Debby und Rika an diesem grauen Novembermorgen auf den Beinen. Die beiden, 22 und 26, sind Klimaaktivistinnen. Heute steht hier ein Treffen mit den Verdi-Vertrauensleuten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) an. An einem Tisch sitzen rund 20 Beschäftigte, es riecht nach Filterkaffee, draussen fahren Trams vorbei. «Wir werden beide von der Politik ignoriert», sagt Debby. «In einer breiten Bewegung können wir viel mehr ausrichten.» Debby und Rika engagieren sich bei «Wir fahren zusammen», einer Kampagne der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und von Fridays for Future. Beim Klimastreik Anfang März traten sie erstmals gemeinsam in die Öffentlichkeit. Regelmässig gibt es Treffen mit den Vertrauensleuten, die als Scharnier zwischen Betrieb und Gewerkschaft dienen.

RAUS AUS DER BLASE

Klimabewegung und Gewerkschaften wirkten lange Zeit wie zwei gegensätzliche Pole. Doch es tut sich etwas, auch weil die Klimabewegung in einer Krise steckt. Ap-

pelle verhalten, und die öffentliche Meinung wendet sich vielerorts gegen sie. Während einige Teile radikale Wege gehen – Stichwort Klimakleber –, probieren andere Aktivistinnen und Aktivisten neue Wege. Ihre Devise: Raus aus der Blase, hin zu gewerkschaftlichen Kämpfen. Unter dem Schlagwort «labour turn» versuchen sie, Klimapolitik und Arbeitskämpfe miteinander zu verbinden.

NAHVERKEHR FÜRS KLIMA

Dass das nicht immer einfach ist, wird auch bei dem Treffen in Marzahn deutlich. «Die Klimabewegung erfreut sich bei vielen Kollegen nicht gerade grosser Beliebtheit», sagt ein Mann im knallroten Polo-Shirt. Wenn Aktivistinnen und Aktivisten Strassen blockieren, mag das Aufmerksamkeit auf die Klimakrise lenken, den politischen Druck erhöhen. Doch für die Fahrerinnen und Fahrer bedeutet es vor allem eins: zusätzlichen Stress. «Wir können in den nächsten Wochen beweisen, dass Klimapolitik im Interesse der Beschäftigten möglich ist», sagt Rika. In den letzten Wochen stellten sie zusammen mit den Vertrauensleuten ihre Kampagne im Betrieb vor, hörten sich die Forderungen der Beschäftigten an, sammelten Unterschriften. Die Resonanz sei positiv gewesen. Dass die jungen Klimaaktivistinnen und -aktivisten in aller Frühe vor den Betriebshöfen standen, habe vielen imponiert.

Dem öffentlichen Nahverkehr kommt eine Schlüsselrolle in der Klimawende zu. Doch es wird viel zu wenig investiert, die Belastungen für Fahrerinnen und Fahrer sind gross. «Den Menschen muss klar werden, dass im Fahrerhaus keine Maschinen sitzen», wirft eine

blondgefärbte Frau mit starkem Berliner Akzent ein. Auf dem Treffen gibt es zustimmendes Nicken für diese Aussage. Die Mitarbeitenden sind sich sicher: Einen guten öffentlichen Verkehr wird es nur geben, wenn sich endlich die Arbeitsbedingungen ändern. Im Frühjahr 2024 werden Beschäftigte im kommunalen Nahverkehr über ihre Arbeitsbedingungen verhandeln – und gegebenenfalls streiken. «Wir fahren zusammen» will ihnen mit einer Bewegung zur Seite stehen. In mehr als 40 deutschen Städten gibt es Ortsgruppen, darüber hinaus eine bundesweite Vernetzung.

Der Chauffeur sagt Sätze, die auch von Greta kommen könnten.

Dass das Thema auf die Agenda rückt, ist auch Menschen wie Johnny Kiele zu verdanken. Ende Oktober sitzt der hochgewachsene 32-jährige im Café Planwirtschaft der Technischen Universität Berlin. Es findet eine Diskussion über «Klimastreik und Arbeitskampf» statt. Rund 30 Studierende fläzen sich auf Couches, an der Wand hängt eine Regenbogenfahne, daneben ein Transparent der Kampagne. «Ohne uns fährt nichts», steht darauf. «Hallo, ich bin Johnny, und ich bin Tramfahrer», sagt er. «Ich bin erstaunt, dass schon so viele von euch wach sind.» Gelächter. Dann erzählt er aus seinem Arbeitsalltag. Die Belastung sei hoch, oft müsse man sich gar entscheiden: «Pinkeln oder rauchen.» Dabei habe er es noch vergleichsweise gut: Er hat einen kurzen Arbeitsweg, zahlt eine faire Miete und arbeitet Teilzeit, an

vier Tagen in der Woche. Viele Kolleginnen und Kollegen müssten aber sechs Tage am Stück fahren, hätten kaum noch ein Sozialleben. Gerade für junge Menschen sei der Job zunehmend unattraktiv. Ein Problem, denn: Viele Beschäftigte aus der Boomer-Generation gehen bald in Rente, und schon jetzt fehlen deutschlandweit rund 80000 Fahrerinnen und Fahrer.



CHAUFFEUR Johnny Kiele. FOTO: NIKLAS FRANZEN

«Es gibt viele schlaue Ideen: saubere Diesel, Pop-up-Radwege und so weiter», sagt Kiele, «aber niemand hat den Nahverkehr auf dem Schirm.» Es brauche Aufmerksamkeit der Politik und ein schlüssiges Gesamtkonzept. Denn von einem verbesserten Nahverkehr profitierten alle: die Fahrerinnen und Fahrer, die Passagiere, das Klima.

Das 1,5-Grad-Ziel (siehe Text links) hält er für nicht realistisch. Aber gerade unter veränderten Klimabedingungen sei eine lebenswerte Infrastruktur umso wichtiger. Kiele sagt Sätze, die auch aus dem Mund von Greta Thunberg kommen könnten. Die «Wir fahren zusammen»-Kampagne lernte er bei einer Vertrauensleute-Versammlung kennen, mittlerweile steckt der Gewerkschafter viele Stunden in politische Arbeit.

Ein Student fragt nach: Die Klimabewegung sei sehr akademisch, mache das Arbeit der Kampagne nicht schwer? Kiele schüttelt den Kopf. «Ich habe zweimal eine Uni von innen gesehen, und trotzdem sitze ich jetzt hier.» Und dann sagt er: «Man sollte die Leute nicht unterschätzen, nur weil sie keine Akademiker sind.»

Hitze-Petition Für den Schutz der Baubüezer

Die Klimakrise trifft die Bauleute bereits heute mit voller Härte. 20000 von ihnen fordern jetzt in einer Petition mehr Schutz bei Schlechtwetter und Hitze. Und vor übermässigem Termindruck

CLEMENS STUDER

Wenn Meteo Schweiz in ihrer Sommerbilanz kühl von «zwei ausgeprägten Hitzewellen auf der Alpennordseite und drei auf der Alpensüdseite» schreibt, hiess das für die rund 80000 Bauleute in der Schweiz nicht nur im Sommer 2023: Von oben brennt die pralle Sonne, das Thermometer steigt bis auf 35 Grad, und je nach Baustelle kocht von unten auch noch der Asphalt bei 150 Grad.

Chris Kelley, Co-Leiter Sektor Bau der Unia, sagt: «Bauen findet draussen statt. Bauarbeiter sind auch bereit, bei Wetterbedingungen zu arbeiten, die nicht ideal sind. Doch wenn es gefährlich wird, ist die Grenze erreicht.»

Und die wird immer häufiger überschritten. Denn der Termindruck auf dem Bau ist gross. So gross, dass die Bauarbeiter selbst bei fiesstem Sauwetter und extremer Hitze weiterarbeiten müssen. So gross, dass auch mal Sicherheitsmassnahmen nicht

eingehalten werden. Das gefährdet die Bauleute an Leib und Leben.

Nico Lutz, Unia-Bauchef, nennt die Fakten: «Jahr für Jahr verunfallt in der Schweiz rund jeder sechste Bauarbeiter.» Auch wenn das Unfallrisiko dank den Anstrengungen der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Suva in den letzten Jahren abgenommen hat: Bauen bleibt harte und gefährliche Arbeit. Auf dem Bau ist das Unfallrisiko 15 Mal höher als in Bürojobs. Aber Bauberufe sind schöne Berufe, und die meisten Bauarbeiter lieben ihren Job. Und sie möchten ihn möglichst unverletzt erledigen. Doch drängende Bauherren und rigide Bestimmungen in den Schlechtwetter-Versicherungen gefährden die Gesundheit der Bauleute.

Darum sagen die Büezer jetzt: «Genug ist genug. Unsere Gesundheit braucht mehr Schutz!» 20000 Bauleute haben eine entsprechende Petition unterzeichnet und verlangen:

- **LMV ernst nehmen:** Die Baufirmen müssen bei Gefahr die Arbeit pausieren oder einstellen, wie es der Landesmantelvertrag (LMV) vorsieht.
- **Gesundheit vor Termin:** Bauherren müssen eine Terminverschiebung akzeptieren, falls sich dies aus Arbeitssicherheits- oder Gesundheitsschutzgründen als notwendig erweist.
- **Faire Regeln bei der Schlechtwetterversicherung:** Die Bauarbeiter und Firmen bezahlen die Schlechtwetterversicherung der Arbeitslosenversicherung mit ihren Prämien mit, nur können sie aufgrund der rigiden Anspruchsvoraussetzungen bei Hitze kaum Leistungen beziehen. Dies erhöht die Gefahr, dass selbst bei extremer Hitze weitergearbeitet wird.
- **Klare Definition der Witterungsbedingungen,** bei denen Bauarbeiten eingestellt werden müssen. Was verschiedene Kantone schon kennen, braucht das ganze Land.

Die Unia fordert als ersten Schritt einen runden Tisch, an dem unter anderem der Baumeisterverband, andere Verbände der Bauwirtschaft, die Suva und die öffentlichen Bauherren teilnehmen sollen. Denn die nächste Hitzewelle kommt bald – und dann muss die Gesundheit der Bauarbeiter konkret besser geschützt sein.

Hässig! Baubüezer «knacken» Tresor

Vor einem Monat haben die Baumeister die Lohnverhandlungen einseitig abgebrochen und müten den Baubüezern einen Reallohnverlust zu. Entsprechend hässig waren die Delegierten an der Berufskonferenz Bau vom 25. November. Viele Redner plädierten dafür, künftig während der Lohnverhandlungen deutlich offensivere Kampagnen zu führen.

SYMBOLTRÄCHTIG: Einen kleinen Vorgeschmack davon, was das auch heissen kann, gab es für die lohnklemmenden Meister zum Schluss der Berufskonferenz. Die Delegierten führen gemeinsam zum Baumeisterverband Bern und knackten symbolisch einen Tresor: «Um zu zeigen, dass in der Bauwirtschaft das Geld für eine Lohnerhöhung da ist und wir es uns in Zukunft auch holen werden!» (cs)

Fehlende Fakten Keller-Sutter und die Kovi-Märchen

Ein Untersuchungsbericht des Parlaments rügt Bundesrätin Karin Keller-Sutter für ihre Kampagne gegen die Konzernverantwortungsinitiative. Jetzt lanciert die Koalition eine Kovi 2.0.

IWAN SCHAUWECKER

Die FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat die Bevölkerung im Jahr 2020 falsch über die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) informiert. Zu diesem Schluss kommt ein Untersuchungsbericht der parlamentarischen Aufsichtskommission des Nationalrats (GPK). Die Kommunikation der Bundesrätin sei einseitig und nicht faktenorientiert gewesen.



GERÜGT: Karin Keller-Sutter.

FOTO: KEYSTONE Eine Mehrheit der Stimmbürger hat die Kovi trotz der Angstkampagne angenommen, die Initiative scheiterte aber am Ständemehr.

SCHWEIZ HINKT EU HINTERHER

Im Verlauf des kommenden Jahres ist nun eine Neuauflage der Initiative geplant. Dominique de Buman, Ex-CVP-Nationalrat und Vorstandsmitglied der Kovi, sagt: «Es kann nicht sein, dass die Schweiz bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung ist.» Den genauen Inhalt der Initiative will die Koalition festlegen, sobald die neue EU-Richtlinie zu den Sorgfaltspflichten beschlossene Sache ist. Konzerne mit Sitz in der EU müssen damit verbindlich sicherstellen, dass bei ihren Geschäften und den Zulieferbetrieben keine Menschenrechte verletzt und die Umwelt nicht zerstört wird. Zudem gibt es eine Klausel zum Klimaschutz. Damit geht die EU-Richtlinie deutlich weiter als der erste Initiativtext der Kovi.

Fenaco: Ein Riese bei den Umsätzen, ein Zwerg bei den Gehältern Lohn-Brösmeli bei Landi, Volg & Co.

Der Fenaco-Konzern macht jedes Jahr riesige Gewinne und kann sich dennoch nur zu Mini-Lohnerhöhungen für die 11 500 Mitarbeitenden durchringen. Und doch gibt es kleine Fortschritte.

IWAN SCHAUWECKER

Stadtmenschen kaufen ihr Micarna-Poulet oder den Karma-Hummus häufig bei den orangen Riesen Migros und Coop ein. Aber für die Leute vom Land liegt der Volg oder das Dorflädli oft näher. Dort gibt's die Pouletschenkel von Suttero, den Wein von Ramseier. Sowohl Volg, Prima, Suttero, Provens wie auch Ramseier gehören zum Fenaco-Konzern. Und das sind nur 5 von über 100 Firmen und Marken, die im Besitz der Fenaco sind. Fenaco ist ein Agrar-, Energie- und Detailhandelsriese und auch einer der wichtigsten Arbeitgeber in der ländlichen Schweiz. Ein grüner Riese, der aber nicht unbedingt grosszügig ist.

DIE MILLIARDEN-UMSÄTZE

Anfang Jahr führte Fenaco einen Mindestlohn von 4000 Franken ein. Das war für die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Volg-Landi-Prima-Läden und Agrola-Tankstellenshops eine gute Nachricht, denn viele von ihnen verdienen im Detailhandel Tiefstlöhne. Doch insgesamt ging der Lohnaufwand im Verhält-

nis zu den Gewinnen und Reserven des Konzerns in den letzten Jahren stetig zurück. Mit seinen etwa 11 500 Mitarbeitenden machte der Fenaco-Konzern auch letztes Jahr Milliardenumsätze und einen Gewinn von 138 Millionen Franken – macht 12 000 Franken Gewinn pro Mitarbeitenden. Ein

Dämpfer waren die 70 Millionen Franken Verlust im spekulativen Getreidehandel wegen des Kriegs in der Ukraine. Aber die Fenaco verfügt weiterhin über grosse Reserven und ein solides Eigenkapital in der Höhe von über zwei Milliarden Franken.

Die Unia und die Gewerkschaft Syna organisierten im Hinblick auf die Lohnverhandlungen eine Umfrage unter den Bäuerinnen und Bäuern. Zusammen mit der Personalkommission wurde eine Lohner-

Der Lohnaufwand ging im Verhältnis zu den Gewinnen des Konzerns zurück.

hätte die vergangenen Reallohnverluste und auch die voraussichtliche Teuerung



von 2,2 Prozent in diesem Jahr kompensiert. Doch das Fenaco-Management war am Schluss nur zu einer generellen Lohnerhöhung von 1,2 Prozent und individuellen Lohnerhöhungen von 0,84 Prozent bereit, also einer Lohnerhöhung von insgesamt 2,04 Prozent. Zu wenig für die Gewerkschaften und die Personalkommission, welche die Vereinbarung am Ende der Verhandlungen nicht unterzeichneten.

NACHHALTIGE SOZIALPARTNERSCHAFT

Yves Defferrard, der Verhandlungsleiter der Unia, sieht dennoch Fortschritte: «Es ist das erste Mal, dass Fenaco zu einer generellen Lohnerhöhung bereit ist, und im Vergleich zu den Vorjahren spüren wir mehr Respekt für die Sozialpartnerschaft.» Auch Fenaco bekräftigt den Willen zur «vertrauensvollen Zusammenarbeit». Ausserdem bekennt sich der Konzern zu einer nachhaltigen Sozialpartnerschaft.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Magnetschwebbahn: Neue, heisse Schlitten, die vorerst niemand kaufen will

Das deutsche Bauunternehmen Max Bögl hat eine abgespeckte Magnetschwebbahn entwickelt. Mit vielen Vorteilen. Warum aber will niemand in Europa auch nur eine Teststrecke bauen?

Wer ist Max Bögl? Niemand in meinem Umfeld kennt diesen Max. Nachhilfeunterricht: Max Bögl ist ein deutsches Bauunternehmen. Das Unternehmen macht gut 2 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr. 6500 Frauen und Männer schaffen dort Mehrwerte, vorab im Tiefbau. Macht gut 300 000 Franken Umsatz pro lohnabhängiger Person. Die ostbayerische Bauunternehmerfamilie gehört – dank Mehrwertabschöpfung – mit 1,25 Milliarden Euro Vermögen zu den 1000 reichsten Familien Deutschlands. Ein Klacks im Vergleich zur Blocher-Family, die zehn Mal mehr Vermögen auf die Waage der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten bringt. Aber immerhin.

Innovativ ist Bögl Ostbayern. Sie bauen in Bayern zurzeit ein 285 Meter hohes Windrad auf 600 Metern über Meer, das mit einer Leistung von 7 Megawatt ab Ende 2024 Strom produzieren wird. Nach Eigenwerbung soll es das stärkste Windrad der Welt werden.

Die Max-Bögl-Ingenieure hatten einst für die in Deutschland entwickelte Magnetschwebbahn Transrapid die Aufständerung entwickelt. Sie hätte mit 400 km/h durch die Landschaft sausen sollen. Aber das Projekt scheiterte kläglich. Dennoch hatten die Ingenieure dabei viel gelernt. Unter anderem, dass bei hohen Geschwindigkeiten die Kosten explodieren.

TAUSENDSASSA SÖDER. Ostbayerinnen und Ostbayer sind Sturköpfe. Deshalb hat die Familie Bögl nun auf eigene Kosten mit



INNOVATIV: Die Magnetschwebbahn aus Deutschland stösst in China auf Interesse. FOTO: ZVG

65 Mitarbeitenden und mit Entwicklungskosten von nur 50 Millionen Euro einen Mini-Transrapid entwickelt. Alles von der Fahrbahn über die Triebwagen bis zur Steuerung kommt aus einer Hand. Aus der des Unternehmens Max Bögl.

Und immer, wenn es etwas Neues zu bestaunen gibt, ist der bayrische Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor Ort und im Bild. Der Tausendsassa, der es vielleicht noch zum deutschen Kanzler schaffen wird, wortreich: «Danke für die eindrucksvolle Fahrt! Schnell, leise und ökologisch – das ist ein Blick in die Zukunft.» Und der Vorstandsvorsitzende Stefan Bögl versuchte letzte Woche die Gunst der Stunde zu nutzen und liess verlauten: «Es freut uns ganz besonders, dass sich der bayrische Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Albert Füracker mit ihrem Besuch bei uns in Sengenthal persönlich ein Bild von unserer zukunftsweisenden Entwicklung TSB gemacht haben. (...) Nun ist es an der

Zeit, eine erste Anwendungsstrecke in Bayern zu realisieren.»

Deutschland investierte schon bisher zu wenig in Innovation der öffentlichen Infrastruktur. Die CDU will bei den Sozialausgaben sparen. Der Ampel-Regierung droht der definitive Absturz, weil sie die Schuldenbremse nicht aufheben kann und auch nicht aufheben will.

Bögl's Magnetschwebbahn hätte einige Vorteile:

- Das System ist extrem leise, weil erstens die Motoren weitgehend in der Fahrbahn eingekapselt sind. Und niemand schneller als 150 km/h fahren kann.
- Das System kann Steigungen von bis zu 10 Prozent überwinden. Vielleicht sogar noch etwas mehr. In diesem Bereich brauchen unsere Bahnen Zahnräder.
- Man kann pro Stunde und Richtung bis zu 30 000 Personen transportieren. Aber auch Container, wenn es sein muss.

- Die Fahrbahn kann ebenerdig oder auf Stelzen gebaut werden. Dank Brückenpfeilern können auch Flüsse und Lawinenzüge mit einer Breite von bis zu 72 Metern überspannt werden.

- Die Lokführerin und der Lokführer sitzen nicht mehr im Führerhäuschen, sondern in der Leitstelle des führerlosen Systems. Die Musik spielt in der Leitstelle.

- Die Bögl-Bahn fährt auch bei starkem Schneetreiben.

- Die Kosten sollen für eine zweispurige Strecke irgendwo zwischen 30 und 50 Millionen Euro liegen (alles inklusive). Das ist viel günstiger als eine U-Bahn.

Trotz diesen Vorteilen wird es das System Bögl in Europa und erst recht in der Schweiz schwer haben. S-Bahnen und Tramstrecken sind nämlich nicht teurer als die Bögl-Bahn. Und jedes neue System macht den öffentlichen Verkehr als Gesamtsystem komplizierter und damit teuer. Neu sucht Bögl die Kooperation mit China.

LINKS ZUM THEMA

- rebrand.ly/china-teststrecke
Weil Deutschland kein Geld in seine marode Infrastruktur stecken will, baut China, genauer die Chengdu Xinzhu Road & Bridge Machinery Co., jetzt eine 3,8 Kilometer lange Bögl-Bahn-Teststrecke. Damit das System in China zugelassen werden kann.
- rebrand.ly/söder-bei-bögl
Die Website des Unternehmens Bögl ist recht informativ. Was nicht fehlen darf, sind Fotos mit einem fröhlichen Dr. Markus Söder himself.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Daru-Wache: Einschüchterung und öffentliche Blossstellung

Ein Chef ausser Rand und Band

Er macht, was er will: Armin Häfliger, Alleinherrscher über die Daru-Wache. Jetzt stellt er einen Mitarbeiter an den Pranger, nachdem dieser fragwürdige Praktiken der Security-Firma ans Licht gebracht hat.

CHRISTIAN EGG

Es war starker Tobak für die gut 300 Mitarbeitenden der Daru-Wache. Die Personalzeitschrift der Security-Firma berichtete von einer «illegalen Aktion» eines Mitarbeiters. Er habe ein Firmenauto für die Heimfahrt nach Dienstschluss verwendet und sich damit «über alle Weisungen hinweggesetzt». Auf dieser Fahrt verunfallte er. Glücklicherweise blieb er unverletzt, doch das Auto erlitt einen Totalschaden.

Autor des Artikels ist kein Geringerer als Armin Häfliger, CEO und gleichzeitig Verwaltungsratspräsident der Daru. Der Kritisierte wird namentlich genannt: Daniel Suter. Dieser habe sich «bereits mehrfach nicht an Weisungen gehalten», es drohten ihm die fristlose Kündigung und «strafrechtliche Konsequenzen», so der Artikel weiter.

KLARES URTEIL DER JURISTIN

Gegenüber work bestätigt Kadermann Suter den Totalschaden wie auch die Regel, dass Firmenautos grundsätzlich nicht für den Arbeitsweg verwendet werden dürften. Ausnahmen seien aber erlaubt. Zum Zeitpunkt des Unfalls sei er seit 14 Tagen ohne freien Tag für die Daru im Einsatz gewesen, oft mit kurzen Ruhezeiten. Der Wechsel zum weit entfernt parkierten Privatauto hätte ihn nochmals rund 20 Minuten gekostet. «In solchen Fällen sagte mein direkter Vorgesetzter immer: Ja, nimm das Dienstfahrzeug. An diesem Tag konnte ich ihn allerdings nicht fragen, weil er in den Ferien war.»

Suter räumt ein, man könne im nachhinein kritisieren, dass er das Dienstfahrzeug benutzt habe. «Aber dass der CEO mich öffentlich anschwärzt, das ist doch daneben!»

Regula Dick, Leiterin des Unia-Rechtsdienstes, bestätigt dies. Einen Mitarbeiter derart an den Pranger zu stellen, dazu noch namentlich, sei völlig unverhältnismässig: «Das ist eine grobe Verletzung der Persönlichkeit und nicht zulässig.» Es wäre sogar zu prüfen, so die Juristin, ob es sich bei den Äusserungen um Ehrverletzung und üble Nachrede handle. Dann hätte sich Häfliger mit dem Artikel strafbar gemacht.

Der Unfall passierte bereits im Oktober 2022. Häfliger wartete



ERST VORLAUT, DANN KLEINLAUT: Daru-CEO Armin Häfliger diffamiert einen Mitarbeiter in der Personalzeitschrift, gegenüber work will er sich allerdings nicht zum Vorfall äussern. FOTO: ZVG

hütung – und davon, dass Häfliger seinen Leuten nicht einmal Trinkwasser zur Verfügung stellte (rebrand.ly/wasserspender). Schon zuvor hatten Mitarbeitende bekanntgemacht, dass die Firma die Löhne nicht korrekt auszahlt (rebrand.ly/daru). Und im April dieses Jahres versuchte Häfliger mit Fake News, eine Verschlechterung der Spesenentschädigung der Unia in die Schuhe zu schieben (rebrand.ly/darufake).

DOKUMENTE MANIPULIERT?

Daniel Suter berichtet von einem weiteren Einschüchterungsversuch: Im April 2023, kurz nachdem er im work ausgepackt hatte, erhielt er gleich zwei schriftliche Verwarnungen, jede mit einer Kündigungsandrohung. Eine wegen seiner öffentlichen Kritik. Und eine wegen des Autounfalls vom letzten Jahr. Suter sagt: «Diese Verwarnung wegen des Unfalls hatte ich nie zuvor gesehen.» Er vermutet, dass sie erst nach dem work-Artikel geschrieben wurde, um ihm Angst zu machen. Die Botschaft dahinter: Du warst bereits verwarnt, wir könnten dich jetzt entlassen.

Bestärkt sieht sich Suter

durch Unstimmigkeiten in den Dokumenten. Die angeblich erste Verwarnung trägt das Datum des Unfalls: 8. Oktober 2022. Das war ein Samstag. Der Daru-Hauptsitz

«Dass der CEO mich öffentlich anschwärzt, das ist doch daneben!»

DANIEL SUTER, DARU-KADERMANN

in Riniken AG sei aber, so Suter, übers Wochenende verwaist, nur die Alarmzentrale sei besetzt. Trotzdem trägt das Dokument die Unterschrift der Personalchefin – und rügt sogar bereits Suters «Verhalten nach Bekanntwerden des Vorfalls».

Daniel Suter lässt sich von Häfligers Vorgehen aber nicht beeindruckt. Bereits im März schrieb er work: «Es würde mich nicht überraschen, wenn nun Vorwürfe gegen mich zusammengetragen werden, um etwas gegen mich in der Hand zu haben.»

Genau so kam es. Er zuckt die Schultern und sagt: «Unterdessen schüchtert mich das nicht mehr ein.»



ILLUSTRATION: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und das Jahr 2023

Wir haben doch eben das Januarloch überstanden, und schon organisieren wir den Weihnachtsverkauf. Dieses Jahr ist für mich unglaublich schnell rum. Wo ist denn die Zeit geblieben? Was habe ich denn dieses Jahr gemacht? Habe ich die Zeit sinnvoll eingesetzt? Das waren die Fragen und Gedanken, die



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

ich hatte, als ich letztes auf den Zug wartete. Mitten im hektischen Bahnhof stand ich frühmorgens da und sinnierte über mein Jahr 2023. Der Zug sollte mich in die Schule bringen, die ich seit mehr als einem Jahr besuche. Arbeit, Weiterbildung, Gewerkschaftsarbeit, Freunde und Familie unter einen Hut zu bringen war dieses Jahr für mich definitiv eine Challenge. Ich hatte auch oft Momente, in denen ich sehr erschöpft und frustriert war.

TATENDRANG. Kommt hinzu, dass ich jeden Franken umdrehen muss, obwohl ich von frühmorgens bis abends bis zu sechs Tage die Woche arbeite. Und doch

ist dieses Jahr von Energie, Tatendrang, Mut und Erfolgen gezeichnet. Die Energie kam von den neuen Kontakten,

die ich in den Unia-Treffs geschlossen hatte. Unglaublich starke, mutige, interessierte und aktive Menschen. Der Tatendrang kam auch am Welt-Gewerkschaftskongress in Philadelphia, USA. Ich habe in kürzester Zeit viel über die Geschichte der Gewerkschaft gelernt. Die Reise hat mir politisch enorm die Augen geöffnet. Genauer hinzusehen, Fragen zu stellen und noch mehr zu ändern. Der Frauenstreik vom 14. Juni und die verschiedensten Demos geben mir Mut zum Lautwerden und Lautbleiben. Und natürlich die Lohnerhöhung! Bis zu 3 Prozent mehr. Die Fachgruppe hat sich dieses hervorragende Resultat bei den Lohnverhandlungen hart erkämpft. Wir können nächstes Jahr etwas aufatmen. Doch 2023 hat mir auch ganz viel Wut in den Bauch getrieben. Wut und Trauer über die vielen Femizide, die dieses Jahr begangen worden sind. Frauenmorde, die in den öffentlichen Medien praktisch nicht erwähnt werden. Das macht mich rasend.

MUT UND WUT. All diese Gedanken führten dazu, dass ich den Zug durchfahren liess. So hatte ich noch etwas Zeit, über meine Vorsätze für das kommende Jahr nachzudenken. Das Wichtigste: Ich muss niemandem gerecht werden ausser mir. Auf die Erwartungshaltungen der anderen pfeife ich. Und ich hole mir im Jahr 2024 noch mehr Energie, Mut, Wut für Änderungen und somit Erfolge. Mit der Gewerkschaft.

Streikwelle nach 1945 Büezer in der Offensive

Immer wieder lohnt sich ein Blick auf die Homepage des Schweizerischen Sozialarchivs. Die Zürcher Institution hütet nämlich nicht nur die historischen Schätze der sozialen Bewegungen in diesem Land, sondern sie publiziert auch zu diesen – und zwar äusserst spannende, leicht verständliche und reich bebilderte Analysen. Im jüngsten Beitrag vergleicht Archivdirektor Christian Koller die Klassenkämpfe in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg mit jenen nach dem Zweiten Weltkrieg. In beiden Fällen folgten auf die entbehrungsreichen Kriegsjahre massive Streikwellen. Die Gewerkschaften wurden offensiv und verdoppelten ihre Mitgliederzahlen. Doch die Umstände waren 1918 und 1945 teils ganz andere. Auch die Methoden, Ziele und Protagonistinnen waren nicht mehr dieselben. Ein unbedingter Lesetipp für alle Gewerkschaftsmitglieder!

Vor 75 Jahren: **Die Streikwelle nach dem Zweiten Weltkrieg**, von Christian Koller. Artikel unter: rebrand.ly/streikwelle.

Weg in die Schweiz Berichte aus Ex-Jugoslawien

Ein Buch, so vielfältig wie der Balkan. Das war der Anspruch von Anemarie Morgenegg für ihre neue Portraitsammlung «Für dich öffne ich meine Schublade». 21 Frauen und Männer aus verschiedenen Generationen und Balkanstaaten geben persönliche Einblicke in ihre Lebensgeschichte. Denn etwas vereint alle 21: Sie stammen aus Ex-Jugoslawien und sind in die Schweiz ausgewandert. Ein Buch über den zerfallenen Vielvölkerstaat, über Vorurteile gegenüber «Jugos» und über Menschen, die sich heute in der Schweiz zu Hause fühlen. Mit ihrem Buch will Morgenegg «Herzen öffnen» und das Interesse wecken «für einen Teil Europas, der in vielen Köpfen noch immer ein blinder Fleck ist».



Für dich öffne ich meine Schublade. Menschen aus Ex-Jugoslawien erzählen, Verlag Sage und Schreibe, Bern 2023, 228 Seiten, Fr. 32.–.

Gewerkschaftsradio Syna feiert Jubiläum

Die Syna ist die deutlich kleinere, aber sechs Jahre ältere Schwester der Unia. Die Allbranchengewerkschaft mit christlichem Hintergrund und weiss-blauen Fahnen feiert heuer ihr 25-Jahr-Jubiläum. Auf der Syna-Website erzählen Veteranen von den Vorgängerorganisationen wie dem «Christlichen Holz- und Bauarbeiterverband» oder dem freisinnigen «Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer». Und im Aarauer Radio «Kanal K» haben Programmleiterin Sarah Bärtschi und Syna-Mann Leo Niessner sogar eine siebenstündige Sondersendung ausgestrahlt. Reinhören lohnt sich! Nicht nur wegen des gelungenen Musik-Mix (Gewerkschaftsklassiker und Büezerrock aus aller Welt). Besonders interessant sind die Interviews mit Syna-Mitarbeiterinnen, die aus ihrem Berufsalltag berichten. Was leider fehlt, ist ein kritischer Blick auf die eigene Geschichte.

Syna-Jubiläumssendung: rebrand.ly/synaradio.

Grosse Übersicht über die Gewerkschaftsbewegungen in Europa Gewerkschaften sind unter Druck und machen Druck

Kein Land in Europa ohne Gewerkschaften. Aber wie zwäg sind sie im neoliberalen Zeitalter? Danach fragt eine umfassende wissenschaftliche Studie. Die Bilanz fällt differenziert aus.

RALPH HUG

Seit vierzig Jahren stehen die Gewerkschaften unter Druck. Weil ganz Europa auf einen neoliberalen Kurs eingeschwenkt ist: Liberalisierung, Sparprogramme, Sozialabbau. Dies habe den gewerkschaftlichen Spielraum stark eingeschränkt, heisst es in der voluminösen Studie «Trade Unions in the European Union». Die Gewerkschaften müssen kämpfen. Aber wie tun sie das? Diese Frage steht im Zentrum dieser wissenschaftlichen Untersuchung.

NEUE BASISARBEIT

Auf mehr als tausend Seiten breitet die Studie ein faszinierendes Panorama der Gewerkschaftswelt in 27 EU-Ländern aus. Sie hat nur einen Haken: In der in Englisch verfassten Studie ist die Schweiz nicht dabei, weil sie kein EU-Mitglied ist. Aber das tut dem Wert der Analysen keinen Abbruch. Für sämtliche

Eine markante Wende ist die Strategie vieler Gewerkschaften, Leute in schlechter bezahlten oder prekären Jobs zu organisieren.

Staaten von Kroatien bis Griechenland, von Finnland bis Zypern, von Rumänien bis Portugal lässt sich nachlesen, wie sich die Gewerkschaften entwickelt haben, wo sie stehen und welche Ziele sie aktuell verfolgen.

Allen ist heute klar, dass sie sich erneuern müssen, um aus der Defensive herauszukommen. Ein Zauberwort lautet Organizing. Eine Methode aus den USA, dank der die dortigen Gewerkschaften schöne Erfolge feiern – selbst in Sektoren ohne gewerkschaftliche Tradition. Nicht alle Gewerkschaften sind gleich aufgestellt, hält die Studie fest. In Ländern mit Betriebsrätinnen und -räten und turnusgemässen Wahlen in Arbeitnehmervertretungen konzentrieren sich die Verbände eher darauf, diese zu stärken. In Ländern ohne solche Strukturen bleibt mehr Raum für neuartige Basisarbeit.

Bringen gewerkschaftliche Zusammenkünfte Vorteile? Sie können vielversprechend



GUTES BEISPIEL: In Deutschland konnte sich Verdi als vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft positionieren. Auch die Unia hat gezeigt, dass ein Zusammenschluss stärken kann. FOTO: KEYSTONE

sein, wie die Studie zeigt. Verdi als vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft organisiert heute in Deutschland praktisch sämtliche öffentlichen und privaten Dienstleistungen. Sie konnte so eine starke Stellung aufbauen. Auch die Unia wäre gewiss ein positives Beispiel. Ähnliche Tendenzen sind in Spanien oder in Belgien zu beobachten. Per se aber führen Verschmelzungen nicht automatisch zu einer Erneuerung, so die Studie.

FINANZIELLE POLSTER

Die meisten Gewerkschaften leben von Mitgliederbeiträgen. In Westeuropa am besten, wo über viele Jahre finanzielle Reserven aufgebaut wurden. In Osteuropa hingegen schlechter, weil dies im Staatssozialismus nicht möglich war. Eine Ausnahme ist Frankreich, wo die Gewerkschaften vergleichsweise mitglieder- und finanzschwach sind, aber trotzdem in Politik und Arbeitskämpfen eine grosse Wirkung entfalten können. Eine markante Wende ist die Strategie vieler Gewerkschaften, vermehrt Leute in schlechter bezahlten oder prekären Jobs zu organisieren.

Als neue Entwicklung diagnostiziert die Studie gewerkschaftliche Kampagnen in der Zivilgesellschaft, zum Beispiel für gesetzliche Mindestlöhne. Diese Strategie bietet sich an, wenn die Arbeitgeber jegliche Lohnfortschritte blockieren

oder rechte Mehrheiten in den Parlamenten gewerkschaftsfeindliche Gesetze erlassen, um diese zu schwächen. In Ländern wie Portugal, Griechenland oder Rumänien, die von der Finanzkrise 2008 stark gebeutelt wurden, mussten die Gewerkschaften auf der politischen Ebene gegen neoliberale und unsoziale Lösungen antreten. Fazit: Wo nichts mehr von Sozialpartnerschaft übrig ist, bleibt nur noch der politische Kampf.

Jeremy Waddington, Torsten Müller and Kurt Vandaele (eds.): **Trade Unions in the European Union**. Picking up the pieces of the neoliberal challenge, 2023. Gratis-Download unter: rebrand.ly/studie-gewerkschaften.

ETUI in Brüssel: Denkfabrik der Gewerkschaften

Das European Trade Union Institute (ETUI) in Brüssel ist hierzulande wenig bekannt. Zu Unrecht, ist es doch eine bedeutende Denkfabrik des Europäischen Gewerkschaftsbunds. Es ist unabhängig, wird von der EU finanziell unterstützt und publiziert wichtige Forschungen zu gewerkschaftlichen Belangen. Es hat auch die grosse Studie über europäische Gewerkschaften herausgegeben (siehe Text). Ein Besuch der Website (englisch oder französisch) ist aufschlussreich: etui.org. (rh)

work1xl der wirtschaft

Daniel Lampart



RENTENLÜCKE MIT 13. AHV SCHLIESSEN

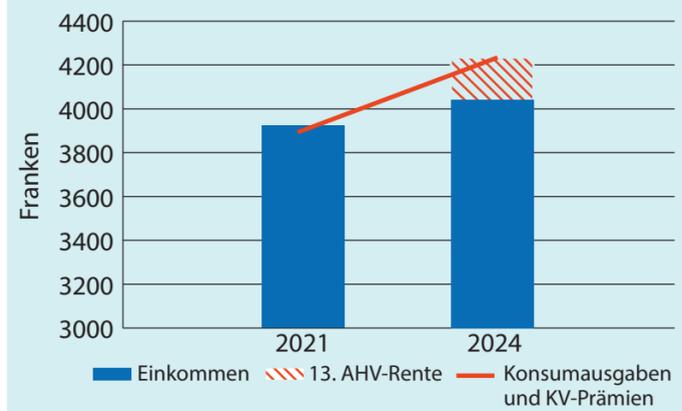
Mieten, Krankenkassenprämien, Strom, Lebensmittel: alles wird teurer. Bei den Löhnen geht es wieder aufwärts. Die Verhandlungen sind gut gestartet. Rentnerinnen und Rentner werden hingegen im Stich gelassen. Sie haben heute weniger Geld zum Leben. Für die Jüngeren ist es noch schlimmer, wenn sie einst pensioniert sind. Denn ihre Pensionskassenrente wird tiefer sein, weil die Leistungen der Pensionskassen schlechter geworden sind.

NICHT GRATIS. Wenn wir die Kostenentwicklung seit 2020 analysieren, zahlen wir heute pro Jahr 770 Franken mehr für die Krankenkassenprämien. Dazu kommen die gestiegenen Preise: Die Mieten, die Nebenkosten und Einkäufe kosten viel mehr. Für Ehepaare bedeutet das im Mittel eine Zusatzbelastung von über 6000 Franken im Jahr. Für Alleinstehende etwas mehr als 3500 Franken. Das entspricht einer durchschnittlichen Monatsrente! Zum Glück haben sich die Gewerkschaften darauf vorbereitet und die Initiative für eine 13. AHV-

Rente lanciert. Sie kommt am 3. März 2024 zur Abstimmung. Mit der 13. AHV-Rente würde der Kaufkraftverlust ausgeglichen. Wer pensioniert ist, kann dank der 13. AHV-Rente den Lebensstandard halten. Natürlich gibt es die zusätzliche Rente nicht gratis. Der AHV geht es gut. Sie hat im Vergleich zu 2019 5 Milliarden mehr: Vor drei Jahren wurden die Lohnbeiträge erhöht. Auf Anfang 2024 steigt die Mehrwertsteuer. Ab 2025 müssen die Frauen wegen der Bürgerlichen länger arbeiten. Damit können wir die 13. AHV-Rente über einige Jahre zahlen. Danach braucht es einen zusätzlichen Beitrag, der die Normalverdienenden aber nur 80 Rappen pro Tag kostet. So günstig gibt es die 13. Rente nur in der AHV. Eine private Vorsorge kostet rund drei Mal mehr.

WARUM DAS? In der AHV zahlen die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge. Die AHV hat stabile und tiefe Kosten. Alle Erträge fliessen direkt in die Renten – denn hier verdienen keine Banken, Vermittler oder Aktionäre

Einkommen einer pensionierten Person mit und ohne 13. AHV-Rente (in Franken pro Monat, Medianhaushalt)



mit. Auch Topverdiener zahlen einen Teil unserer Rente. Ihre Millionen-Boni sind AHV-pflichtig – ohne dass sie dafür mehr Rente erhalten. Das kommt uns allen zugute. Nicht zu vergessen ist: Bei der AHV gibt es auch mehr Rente, wenn wir Kinder

grossziehen oder Verwandte pflegen. Bei der Bank oder der Versicherung gibt es dafür nichts. **Wer rechnet, stimmt deshalb Ja für die 13. AHV-Rente.**

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

Die Geschenktipp der work-Redaktion

Frohe Weihnachten!**Karten auf den Tisch**

«Red flags», also schlechte Eigenschaften, haben wir alle. Und genau darum geht es im Dating-Kartenspiel «Superlike». Pro Spielrunde wird eine Person zum begehrten Single auserwählt. Nun ist es die Aufgabe der restlichen Mitspieler, dieses Herz für sich zu gewinnen. Dafür halten sie zwei Spielkarten mit guten Eigenschaften in den Fingern.

Etwa: «Ich höre dir immer zu und widerspreche dir nie» oder «Ich löse deine Nackenverspannungen – jederzeit». Klingt traumhaft? Auf zwei gute Eigenschaften kommt aber immer eine schlechte. Das Fiese: diese Karten stecken einem die Mitspieler zu. Zum Beispiel: «Ich merke immer erst viel zu spät, dass meine Nase läuft». Jetzt liegt es am Single, welche Kombination sein persönliches kleinstes Übel ist. **DARIJA KNEŽEVIĆ**

Das Kartenspiel **Superlike** kostet rund 25 Franken und ist in allen gängigen Spielzeugschäften erhältlich.

**Gratis-Spa in freier Wildbahn**

Was gibt es Schöneres als ein heisses Bad in kalten Tagen? Ein heisses Gratisbad in freier Natur! Doch die thermischen Quellen der Schweiz sind längst kommerzialisiert. Mit drei Ausnahmen: In Baden hat der Verein Bagno Popolare 2021 zwei heisse Brunnen eröffnet. Sie stehen

direkt an der Limmat und werden täglich mit frischem Quellwasser gefüllt (40 °C). Oberhalb von Sitten sprudeln in einem Bachlauf die Quellen von Combioula (28 °C). Und im Tessiner Onsernonetal steht die malerische Ruine der Bagni di Craveggia (Bild). Noch heute laden ihre Granitbecken zum Planschen ein (28 °C). Heisser wird es bereits in Bormio, gleich hinter dem Engadin. Dort warten in schönster Wildnis die Terme libere di Leonardo (36 °C). Und wer den Weg nicht scheut, findet in der Toscana, den Französischen Alpen und in den Ostpyrenäen zahlreiche freie Bade-Oasen. Sie sind oft etwas versteckt. **JONAS KOMPOSCH**

Den **work-Wegweiser** zu den Quellen finden Sie auf unserer Website workzeitung.ch.

Wondrak weiss Rat

Wondrak hat keinen Vornamen. Dafür eine kurze gelb-schwarze Latzhose. Er hat wenig Haare auf dem Kopf. Dafür einen grossen Schnauz. Und vor allem auf alles eine Antwort. Darum stellte das deutsche «Zeit»-Magazin zwischen 2013 und 2019 Wondraks Schöpfer Janosch (ja, der mit der Tigere!) jede Woche eine Frage. Von «Wie lässt es sich gut leben?» über «Was ist eigentlich dieses Internet?» bis «Wie erkennt man, ob man jemanden wirklich liebt?» liess Wondrak keine Frage unbeantwortet. Eine Auswahl gibt's als Reclam-Büchlein (das sind die kleinen gelben, bekannt von Goethe, Schiller und Co.). Übrigens: Auch für den Fall, dass Beschenkten Weihnachtsgeschenke nicht gefallen, weiss Wondrak Rat: «Auf keinen Fall umtauschen. Wondrak lagert sie im Keller ein. Dann kann man sie zu Hochzeiten verschenken.» **CLEMENS STUDER**

Janosch: **Wondrak für alle Lebenslagen**. 127 Seiten, ca. Fr. 9.90.

**Überraschung garantiert**

Nach einem Burnout verlor **André Hebeisen** seinen Job bei einer Baufirma und rutschte in die Alkoholsucht ab.

Danica Graf wurde bereits mit 14 Jahren missbraucht, später in einer Beziehung jahrelang vergewaltigt und bedroht. Zwei von derzeit dreizehn Menschen, die in einem «sozialen Stadtrundgang» aus ihrem Leben berichten und uns an wichtige Schauplätze mitnehmen – Hebeisen etwa zu den Bänkli vor der Berner Heiliggeistkirche, beliebter Treffpunkt für Menschen am Rand der Gesellschaft. Organisiert werden die Touren vom Strassenmagazin «Surprise».

Schenken Sie Ihren Liebsten gemeinsame Zeit, und gehen Sie mit ihnen auf einen Rundgang – am besten in der Stadt, die sie bereits gut kennen. Wetten, dass mindestens eine «Surprise» auf sie wartet? **CHRISTIAN EGG**

Basel, Bern, Zürich, mehrmals pro Monat. Fr. 25.–, mit Ermässigung 15.–. Anmeldung/Gutscheine: surprise.ngo/stadtrundgaenge.

**Ein Gutschein für Bastel-Fans**

Bei «Offcut» findet sich alles was das Bastel-Herz begehrt. Die Materialmärkte in Basel, Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich bieten Gebrauchsgüter und Restmaterialien in allen Formen und Farben an:

von der Vorhangkordel bis zur Glaskugel, von Stoffbändern über Holzplatten bis zu Kupferdrähten. Die Materialien kommen von Privatpersonen oder wurden von Industrie- und Handwerksbetrieben ausgemustert und gespendet. In den Läden läuft gute Musik, und das Material und die Mitarbeitenden sind wahre Inspirationsquellen für kreative Projekte. Auch für Kinder und Teenager ist «Offcut» eine schöne Wundertüte. Messies sollten den Laden allerdings besser meiden. **IWAN SCHAUWECKER**

Die Geschenkgutscheine von **Offcut** sind auf der Vorderseite mit einem Stück Material verziert. Der Betrag des Gutscheins ist frei wählbar. Mehr Infos unter offcut.ch.

Die exotische Scharfmacherin

Als einer, der gerne seine Grossfamilie bekocht, bin ich ein Leidgenosse all jener, die es gerne scharf mögen und sich im Kochtopf nicht ausleben können. Weil die «Selbst zwei Pfefferkörner sind zu scharf»-Fraktion die Überhand hat, sind feurige Gewürze bei uns tabu. Das ist schade. Denn Chili ist nun einmal die Würze, die jedes Gericht aufzupeppen vermag. Und wer nicht scharf kochen darf, muss eine gute Hotsauce zu Hause haben, mit der man Feuer auf den eigenen Teller bringt.

Meine Empfehlung: eine Kreation aus dem Hause «Pot Uno's», einer Ein-Mann-Chili-Manufaktur aus der sonst für ihre Uhrenindustrie bekannten Kleinstadt Grenchen.

Der Verkaufsschlager ist eine Sauce namens «Assbuster», meine Favoritin aber ist die «Painapple»-Hotsauce. Die kommt zwar etwas milder daher, hat aber dank Zutaten wie Ananas, Lemongrass und Basilikum eine fruchtige, exotische Note. Und dank der handgepacktauglichen «Traveller Edition» darf diese

Scharfmacherin sogar mit in die Ferien. **PARZIVAL MEISTER**

Die **Painapple Hotsauce** (16.80 Franken) sowie weitere Chili-Kreationen gibt es unter potunos.com.

**Das isch Musig – Farbe für zu Hause**

Ob zu «Ringel, Ringel, Reihe» oder «Dance the Night», die meisten Kinder hüpfen gern wild in der Wohnung rum und tanzen. Damit die Party richtig steigt, braucht's nebst dem Sound auch noch das Licht: im LED-Zeitalter gibt es Disco-beleuchtung ganz handlich auch für zu Hause. Da ist die klassische Glitzerkugel, mit ihren 30 Zentimetern Durchmesser auch für die Stubendecke zumutbar. Oder natürlich jene Leuchten, die im bunten Licht erstrahlen und Wellen projizieren, Sternenhimmel, rhythmische Kreise oder Feuerwerke. Die Beleuchtung passt sich dynamisch dem Takt der Musik an, ob Kinderlied oder Popmusik. Der Clou und das Highlight für Gross und Klein: die Muster, Farben und Formen lassen sich per Fernbedienung kontrollieren. Viele Modelle lassen sich auch auf sanft schalten und leuchten die Kinder nach der Party als Nachtschlampe in den Schlaf. **ANNE-SOPHIE ZBINDEN**

Die **Discokugeln** für zu Hause gibt es vielerorts zu kaufen, zum Beispiel hier: apfelkiste.ch. Sie kosten zwischen 24 und 45 Franken.





Das offene Ohr

Natasa Jevdencic von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Falsch berechnet: Muss ich den Fehler nun ausbaden?

Ich beziehe seit ein paar Monaten Arbeitslosengeld. Heute habe ich von der Arbeitslosenkasse eine Verfügung erhalten, und es heisst, ich müsse über 1000 Franken zurückzahlen. Beim Berechnen meines versicherten Verdienstes sei ihnen ein Fehler unterlaufen. Die Arbeitslosenkasse beharrt auf der Rückzahlung. Das kann doch nicht sein, ich kann ja nichts dafür, haben sie nicht sauber gearbeitet. Muss ich das Geld trotzdem zurückzahlen?

NATASA JEVDENIC: Ja, leider. Die Arbeitslosenkasse ist verpflichtet, Fehler zu korrigieren, wenn sie entdeckt werden. Sie trifft kein Verschulden am Fehler, das ist richtig, es war ein reiner Kassenfehler. Indem Ihr versicherter Verdienst zu hoch berechnet wurde, haben Sie zu viel Geld erhalten. Hier



DER 1000er MUSS ZURÜCK: Wer zu viel Geld von der Arbeitslosenkasse erhält, sollte sich nicht freuen. FOTO: SHUTTERSTOCK

spricht man von «unrechtmässig bezogenen Leistungen», was nichts damit zu tun hat, wer schuld am Fehler war, sondern einzig damit, dass die ausgerichtete Entschädigung nicht den gesetzlichen Leistungen entspricht. Daher ist die Rückforderung aus rechtlicher Sicht korrekt. Die Arbeitslosenkasse ist verpflichtet, die Rückforderung zu stellen und Sie müssen den Betrag zurückerstatten.

Nebenverdienst: Darf die Kasse Geld zurückverlangen?

Ich war vor 3 Jahren arbeitslos und hatte Leistungen bezogen. Gleichzeitig hatte ich mehrere Einsätze über Temporärbüros und verrichtete abends und an den Wochenenden Reinigungsarbeiten. Die Arbeitslosenkasse verlangt nun Geld von mir zurück, weil ich diese Reinigungseinsätze nicht angegeben hatte. Sie fanden ausserhalb meiner normalen Arbeitszeit statt, und ich habe immer gewissenhaft alles eingereicht. Darf die Arbeitslosenkasse nun Geld von mir zurückfordern?

NATASA JEVDENIC: Ja. Im Rahmen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit gleicht die zentrale Ausgleichsstelle Taggeldbezüge der Arbeitslosenversicherung mit den Einträgen in den individuellen Konten (IK-Einträge) ab. In Fällen mit Überschneidungen wird die Arbeitslosenversicherung informiert, und die Fälle werden im Detail geprüft. Das Vorgehen der Arbeitslosenkasse war somit rechtens. Betroffend der Reinigungstätigkeiten ist zu unterscheiden, ob Sie diese bereits vor der Arbeitslosigkeit hatten oder nicht. Jede Arbeit während des Bezugs von Arbeitslosengeld zählt als Zwischenverdienst. Wenn Sie die Tätigkeit nach Eintritt der Arbeitslosigkeit angefangen haben, hätte Sie sie als Zwischenverdienst melden müssen. Wenn Sie diese Reinigungsjobs schon vorher, neben Ihrem normalen Arbeitspensum, hatten, sind dies Nebenbeschäftigungen. Wenn Sie während der Arbeitslosigkeit mehr gearbeitet haben, ist das als Zwischenverdienst anzurechnen, ansonsten nicht.

Betrug auf Online-Marktplätzen: work zeigt, wie Sie Käufe und Verkäufe auf

Eine nette Interessentin oder

Viele verdienen sich mit dem Verkauf von gebrauchten Kleidern oder Möbeln auf Online-marktplätzen etwas dazu. Doch die Gefahr ist gross, Opfer eines Betrugs zu werden. Was Sie beachten müssen, um nicht in eine Falle zu tappen, erfahren Sie hier.

MARIA KÜNZLI

Felix wünscht sich zu Weihnachten teure Markenturnschuhe. Da müsse er aber selbst auch was beisteuern, finden seine Eltern. Also kommt dem Zwölfjährigen die Idee, er könnte ja seine alten Spielsachen und Kleider auf tutt.ch verkaufen. Da Felix noch nicht volljährig ist, eröffnet seine Mutter Monika Müller selbst ein Konto, um die Verkäufe für ihren Sohn abzuwickeln. Das Gratisinserat ist schnell aufgegeben, und kurze Zeit später meldet sich schon eine nette Interessentin.

Seit einigen Monaten warnt die Polizei vor dieser Betrugsmaschine.

Romana, so der Profilname, möchte den Artikel kaufen, wohnt aber zu weit weg, um ihn selbst abholen zu können. Sie schlägt per Whatsapp vor, dass ein Kurier der Post die Ware abhole, und schreibt weiter: «Für Sie entstehen keine zusätzlichen Kosten, ich werde den Kurier und die Ware im voraus bezahlen.» Ist doch super, denkt sich Frau Müller und ist mit dem Vorgehen einverstanden. Ein paar Minuten später erhält sie einen Link mit folgender Nachricht: «Ich habe meinen Betrag bezahlt. Die Post hat mein Geld erhalten. Sobald Sie das Antragsformular ausgefüllt haben, wird Ihnen das Geld zugestellt. Die Transaktion ist heute fällig.» Monika Müller füllt das Formular aus. Als sie dann geben wird, ihre Kreditkarteninformationen preiszugeben, wird sie stutzig. Da das Antragsformular aber vermeintlich auf der Website der Post ist und alles seriös aussieht, fährt sie fort. Schliesslich wird sie aufgefordert, auf ihrem Handy die Push-Nachricht ihrer

Banken-App zu bestätigen, damit der Kaufbetrag ihrem Konto gutgeschrieben werden kann. Auch diese Nachricht sieht seriös aus wie eine normale Push-Mitteilung ihrer Bank – also fährt Monika Müller ein weiteres Mal fort.

BÖSE ÜBERRASCHUNG

In Wahrheit haben die Betrüger gerade die Zwei-Faktor-Authentifizierung von Monika Müllers Kreditkarte ausgehebelt. Damit steht ihnen der Weg frei, die Karte für eigene Einkäufe zu nutzen. Hätte Frau Müllers Bank die verdächtige Transaktion nicht gleich bemerkt und Karte und Konto umgehend gesperrt, hätte sie womöglich viel Geld verloren.

Monika Müller ist kein Einzelfall. Seit einigen Monaten warnt die Polizei vor dieser Betrugsmaschine, genannt «Tokenized Fraud» (rebrand.ly/tokenized-fraud). Opfer sind meist unerfahrene Verkäuferinnen und Verkäufer. Denn diese wissen oft nicht: Auf Kleinanzeigenportalen gibt es keine offiziell unterstützten Lieferdienste und auch keine Kooperationen mit der Post oder mit DHL. Betrugsmaschinen sind vielfältig und können sowohl auf kaufende als auch auf verkaufende Personen ausgerichtet sein. Seien Sie in jedem Fall wachsam! So können Sie Transaktionen auf Tutti, Ebay, Ricardo, Facebook Marketplace und Co. sicher abwickeln:

- **Kommunizieren Sie über die Plattform**
Kommunizieren Sie nur über den Nachrichtendienst der Plattform, nicht per Mail oder Whatsapp. Betrügerinnen und Betrüger versuchen oft, das Opfer unter einem Vorwand zu einen Kanalwechsel zu bewegen. Damit vermeiden sie, von den Plattformen selbst entlarvt zu werden.



WORKTIPP

BEI BETRUG: NICHT LANGE WARTEN!

Werden Sie Opfer eines Betrugs bei einem Onlinemarktplatz, gilt es, schnell zu reagieren: Rufen Sie sofort Ihre Bank an, und lassen Sie die Kreditkarte sperren. Das ist der erste und wichtigste Schritt, falls persönliche Daten in die falschen Hände geraten sind. Informieren Sie die Onlineplattform über den betrügerischen Account, damit sie ihn sperren kann. Wurden Sie gehackt, melden Sie es der betreffenden Plattform und ändern Sie das Passwort. Erstaten Sie Anzeige bei der Polizei, je nach Delikt können Sie auch eine Onlineanzeige machen: www.suisse-epolice.ch

• Bestehen Sie auf Barzahlung

Am sichersten für beide Seiten ist es, wenn sich Käuferin und Verkäufer persönlich an einem öffentlichen Ort treffen und die Ware bar bezahlt wird. Wird der

Artikel verschickt, akzeptieren Sie nur eine Direktüberweisung, zum Beispiel via Twint. Doch Vorsicht, wenn Ihnen die Verkäuflerin oder der Verkäufer für die Twint-Überweisung einen QR-Code oder einen Zahlencode schickt! QR-Codes und Zahlencodes erhalten nur offizielle Händlerinnen und Händler, keine Privatpersonen. Bei Käufen zwischen Privaten sollte das Geld ausschliesslich über die Telefonnummer transferiert werden. Sind Sie die verkaufende Person, dann schicken Sie den Artikel erst, wenn das Geld auf Ihrem Konto angekommen ist.

• Seien Sie vorsichtig bei einer Falschüberweisung

Eine perfide Betrugsmaschine bei einer Überweisung ist, dass die vermeintliche Käuferin oder der

Tutti, Ebay, Facebook und Co. sicher abwickeln

fiese Abzockerin?

GÜTESIEGEL

IST DER WEBSHOP SERIÖS?

Der Onlineeinkauf boomt, und so boomen auch unseriöse Webshops. Doch wie erkennt man seriöse Onlineshops? Eine erste Orientierung können Gütesiegel geben, zum Beispiel «Trusted Shops» oder «Swiss Online Garantie». Doch auch Gütesiegel lassen sich fälschen, und mittlerweile gibt es so viele verschiedene, dass man leicht den Überblick verliert. So erkennen Sie ein seriöses Gütesiegel: Klicken Sie auf das Gütesiegel. Werden Sie zur erwarteten Website weitergeleitet, oder ist nur das Bild reinkopiert? Falls Sie weitergeleitet werden: Handelt es sich um eine vertrauenswürdige Organisation? Falls dem so ist, sind die Qualitätskriterien ausführlich beschrieben, und es werden Angaben darüber gemacht, wie und wie oft die Organisation überprüft, ob die Anbieter die Kriterien erfüllen.

AUGEN AUF

Achten Sie bei einem Webshop zudem auf diese drei Punkte: 1. Die Internetadresse des Shops beginnt mit https://, und in der Adresszeile des Browsers wird ein Schlosssymbol angezeigt. 2. Seriöse Anbieter verstecken sich nicht: Das Impressum mit Name, Post- und Mailadresse sowie Telefonnummer ist vollständig und leicht auffindbar. 3. Die Rückgabebedingungen sind transparent und kundenfreundlich. (mk)

Käufer mit einer gefälschten Zahlungsbestätigung vorgibt, aus Versehen zu viel überwiesen zu haben, und Sie bittet, die Differenz zurückzüberweisen. Allerdings wird die vermeintliche Überzahlung nie ausgelöst. Es kann auch sein, dass die Betrüger behaupten, die Überweisung sei blo-

Am sichersten ist, Sie treffen die Käuferin an einem öffentlichen Ort.

ckiert und werde erst freigegeben, wenn gewisse Spesen übernommen würden. Gehen Sie nicht darauf ein!

• Seien Sie misstrauisch

Teilen Sie nie Passwörter, Personendaten oder Kreditkarteninformationen mit. Informieren Sie

VORSICHT: Bevor Sie eine Zahlung mit Ihrer Kreditkarte tätigen, sollten einige Kriterien erfüllt sein. FOTO: GETTY IMAGES



DEZEMBER-RITUAL: Besonders Kinder begeistern sich für die tägliche Überraschung in der Adventszeit. FOTO: ADOBE STOCK

Heute beginnt der Countdown bis So wurde aus dem

Sein Auftritt dauert nur 24 Tage pro Jahr, und viele sehnen ihn herbei: den Adventskalender. Doch woher kommt diese Tradition eigentlich? Und wie lange gibt es schon Adventskalender?

MARIA KÜNZLI

Heute ist der Tag der Tage. Das erste Türchen, Säckchen oder Geschenk des Adventskalenders darf geöffnet werden. Es gibt ihn mit Bildern, gefüllt mit Schokolade, Tee, Wein, schlaun Sprüchen, Spielzeug oder Kosmetik, selbstgemacht oder gekauft. In den meisten Schweizer Haushalten findet man zurzeit mindestens ein Exemplar. So vielfältig die Adventskalender und so uner-schöpflich die Möglichkeiten

beim Selbermachen sind, der Zweck bleibt der gleiche: Der Adventskalender soll als Countdown die Vorfreude auf Weihnachten wecken und die Wartezeit darauf verkürzen.

BRAVSEIN WIRD BELOHNT. Der Adventskalender ist ein christlicher Brauch, der sich etwa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum verbreitete. Vor allem protestantische Familien hängten ab dem ersten Adventssonntag oder ab dem 1. Dezember täglich ein Bild auf, bis an Heiligabend oder manchmal auch bis zum Dreikönigstag. Wer keine Bilder hatte, malte 24 Striche aus Fenster – bis Heiligabend durften die Kinder jeden Tag einen Strich wegwischen. In katholischen Gebieten gab es zur

Weihnachten: Woher kommt der Brauch des Adventskalenders? Kalender ein Boom-Geschäft

selben Zeit den Brauch mit Strohhalmen: Man legte jeden Tag einen Strohhalm in die Krippe, damit das Christkind an Weihnachten auch schön weich liegt. Manche Eltern nutzten das Ritual als Erziehungs-

Ab den 50ern trat der christliche Gedanke in den Hintergrund.

nahme: Nur wer tagsüber brav war, durfte abends einen Strohhalm in die Krippe legen. Später kamen selbstgemachte Weihnachtsuhren in Mode. Ein Zifferblatt mit 24 Feldern und einem Zeiger, den die Kinder jeden Tag zum nächsten Feld schieben durften. In die Felder schrieben Eltern schlaue Sachen oder Bibelverse.

MASSENPRODUKT. Anfang des 20. Jahrhunderts erschienen die ersten gedruckten Adventskalender. Einer der ersten, die dahinter ein Geschäftsmodell erkannten, war der deutsche Verleger Gerhard Lang (1881–1974). Seine Mutter hatte für ihn einst jedes Jahr 24 schwäbische Guetsli an einem Karton befestigt, von denen er bis Weihnachten jeden Tag eines essen durfte. Als Erwachsener entwickelte Lang die gedruckte Form ohne Guetsli: Auf einem Karton waren 24 weihnachtliche, von Lang selbst geschriebene Verse abgebildet, in 24 Felder unterteilt. Jeden Tag konnte man ein Bild von einem separaten Bogen ausschneiden und zum passenden Gedicht kleben. Der erste Kalender dieser Art wurde 1908 gedruckt. Bis Ende der 1930er

Jahre brachte der findige Verleger 30 verschiedene Adventskalender in 40 Ausführungen auf den Markt. Ab den 1950er Jahren wurde der Adventskalender zum weltweiten Massenprodukt, und der christliche Gedanke trat in den Hintergrund.

GRÖSSER, TEURER. Heute gibt es in Sachen Adventskalender nichts, was es nicht gibt. Regelmässig werden neue Rekorde aufgestellt. So weiss die Plattform Guinness World Records: Der wertvollste Adventskalender (2010) kommt aus Belgien, enthielt 124 Diamanten und kostete rund zweieinhalb Millionen Franken. Der bisher grösste Kalender stand 2007 an St.-Pancras-Bahnhof in London: Er war 71 Meter lang und 23 Meter breit.

MAILÄNDERLI

LIEBLING VON ALLEN

Mailänderli sind das beliebteste Schweizer Weihnachtsgebäck. Es taucht bereits im 18. Jahrhundert als «Gâteau de Milan» oder «Miliääni» in Berner und Basler Kochbüchern auf. Was das Mailänderli mit Mailand zu tun hat, weiss niemand mehr so genau. Eine Vermutung der Wissenschaft ist, dass Schweizer Gesandte das Gebäck einst an den Hof des Herzogs von Mailand brachten und es von dort zu Katharina von Medici nach Florenz kam, die das Guetsli «Mailänderli» taufte.



TÄGLICHER BEGLEITER: Viele lesen ihre Mails auf dem Smartphone. Doch welche App eignet sich am besten dazu? FOTO: ADOBE STOCK

Handy: E-Mail-Apps im Vergleich

Auf Android-Handys und iPhones ist beim Kauf eine Mail-App installiert. Dazu gibt es Alternativen. «Saldo» hat getestet, ob andere Mail-Apps an die vorinstallierten Programme herankommen.

GUTES ANGEBOT FÜR ANDROID. Für Android-Besitzer gibt es mit Fairemail und K-9 Mail zwei Apps, die mehr Datenschutz bieten und besser vor betrügerischen E-Mails schützen. Bei Fairemail müssen Sie das Öffnen von Links in einem E-Mail bestätigen.

Weder für Android noch für iPhone zu empfehlen ist die Outlook-App.

Das soll unbeabsichtigtes Anklicken von Links verhindern. Fairemail reduziert die Darstellung der E-Mails, damit keine allfälligen Spionage-Dateien in der Nachricht aktiviert werden. Auf Wunsch können Userinnen und User die Nachricht im Original ansehen. In K-9 Mail werden Bilder in E-Mails aus Sicherheitsgründen standardmässig ausgeblendet. Sie lassen sich aber nachträglich laden.

Beide Apps sind Open-Source-Programme. Das bedeutet: Ihr Programmcode ist öffentlich einsehbar. Damit lässt sich sicherstellen, dass weder Zugangsdaten noch E-Mails heimlich weitergegeben werden.

KAUM IPHONE-ALTERNATIVEN. iPhone-Nutzer haben mit der Airmail-App zwar eine Alternative mit vielen Einstellungsmöglichkeiten. Wollen Sie aber mehr als ein Mailkonto darauf installieren, wird die App unübersichtlich. Letztlich funktioniert dies mit der vorinstallierten App von Apple besser. Zudem stört bei Airmail die ständige Werbung für die kostenpflichtige Version.

Weder für Android noch für iPhone zu empfehlen ist die Outlook-App. In Tests fiel auf, dass die Outlook-App oftmals Benutzerdaten und E-Mails an den Hersteller Microsoft sendet. Dass Ihre persönlichen Daten hier sicher sind, ist also alles andere als garantiert. MARC MAIR-NOACK

Das sind nützliche Newsletter Hier werden Sie Konsumprofi

Möchten Sie per Mail über Spartipps, Produkttests und andere Konsumthemen informiert werden? Dann haben wir etwas für Sie.

Welcher Make-up-Entferner enthält am wenigsten Schadstoffe? Was haben Medikamentenpreise mit den erhöhten Krankenkassenprämien zu tun? Und warum ist Vegi-Geschnetzeltes nicht immer gesund? In den Newslettern von «K-Tipp», «K-Geld», «Saldo» und «Gesundheitstipp» erfahren Sie wöchentlich Wichtiges über Produkte, Trends und Gesundheit und bleiben auf dem Laufenden über die neuesten Produkttests. Der Newsletter passt zu Ihnen, wenn Sie gerne eine bunte Auswahl an Themen haben und

auch mal Teil der Geschichte sein möchten – im Newsletter finden sich regelmässig Aufrufe an die Leserschaft für geplante Tests und Geschichten. Abonnieren: ktipp.ch/newsletter.

«Stopp Preisexplosion» heisst der Spar-Newsletter des Konsumentenschutzes. Der wöchentlich gelieferte Inhalt ist nützlich, greift die brennenden Themen auf, macht auf aktuelle Petitionen aufmerksam und gibt konkrete Tipps, wie sich die Preisexplosion zumindest ein Stück weit abfedern lässt. Mögen Sie's gern kämpferisch und schnörkellos? Dann wird Ihnen dieser Newsletter gefallen. Er ist angenehm kurz und widmet sich meistens einem bestimmten Thema. Abonnieren: preisexplosion.ch. (mk)

WORKLESERFOTO



Doppelt hält besser

WANN 21. November 2023
 WO Egghölzli, Bern
 WAS Doppelter Regenbogen über der Unia
 Eingesandt von Ivanka Schlauri, Horgen ZH

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

Immer länger lädelen? Da machen die Verkäuferinnen nicht mit

«Hände weg von unserem arbeitsfreien Sonntag!»

Turbo-Lädelerinnen und -Mädler wollen dem freien Sonntag an den Krügen. Mit freundlicher Unterstützung von Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP). Doch den Preis der Sonntagsverkäufe bezahlen die Verkäuferinnen, und der ist alles andere als ein Schnäppchen.

Gosselin Gertsch (37) «Am Sonntag besuche ich meine kranke Mutter»
 Kerstin Mauerhofer (53) «Sonntagsverkauf ist für d Füchs»
 Regina Kairich (54) «Die Personalkosten sind oft höher als der Gewinn»

WORK 19 / 17.11.2023:
«HÄNDE WEG VON UNSEREM ARBEITSFREIEN SONNTAG»

Nehmen keine Rücksicht

Von Montag bis Samstag hat man Zeit, aber nein, es muss noch an einem Sonntag sein. Es gibt genügend Dinge, die man mit der Familie unternehmen kann. Sonntagsarbeit ist für «d Füchs». Wo bleibt denn da noch das Familienleben? Während der Mann und die Kinder zusammen den Sonntag geniessen, muss die Frau arbeiten. Ich staune immer wieder darüber, dass Eltern an einem Sonntag mit den Kindern shoppen gehen. Wissen diese Eltern sonst nicht, was sie mit ihren Kindern machen sollen? Ohne Rücksicht auf Verluste und ohne nachzudenken, dass die Verkäuferinnen und Verkäufer auch gerne bei ihrer Familie wären, nutzen sie den Sonntagsverkauf als Zeitvertreib.

FRANZISKA RUTH HULLIGER, VIA FACEBOOK

Unterirdisch

Ich habe Detailhandelsfachmann abgeschlossen. Leider musste ich dem Job den Rücken kehren. Die Arbeitszeiten und der Lohn sind unterirdisch. Ich bereue meinen Entschluss nicht.

PASCAL MOVIA, VIA FACEBOOK

Auch andere sind betroffen

Sonntagsarbeit im Verkauf braucht es nicht. Vergessen wir aber die Pflege und die Gastronomie nicht. Wer sagt hier, Sonntagsarbeit braucht es nicht? Auch hier arbeiten Mütter und Väter.

SONJA BÜHLER, VIA FACEBOOK

Solidarisch

Ich drücke euch ganz fest die Daumen, dass der Sonntagsverkauf nicht bewilligt wird.

THERES JUD, VIA FACEBOOK

WORK 19 / 17.11.2023: «VÖLKERMORD IN GAZA» VON JEAN ZIEGLER
Unerträglich

Was Israel mit unverhältnismässigen militärischen Mitteln in Gaza anrichtet, ist tatsächlich unerträglich. Jean Ziegler verurteilt es zu Recht. Aber ich akzeptiere nicht, dass er gleichzeitig das Massaker der Hamas-Terroristen unter anderem in sozialistischen, friedensbewegten Kibbuzim an Familien und Kindern ohne Kritik als «Angriff der Hamas» verharmlost. Israels Reaktion darauf hingegen als «Völkermord» zu bezeichnen sollte nicht in der Regel gut, diese wäre besser ungeschrieben geblieben.

ROLF ZIMMERMANN, BERN

Für den Frieden

Es ist mir unverständlich, dass die Zeitung der Unia eine solch einseitige Stellungnahme von Jean Ziegler kommentarlos publiziert. Für Ziegler ist der «Hamas-Angriff» nichts anderes als eine Begebenheit, die er nicht im geringsten verurteilt. Wir alle sind zutiefst entsetzt über das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza, die die Marke einer Kollektivstrafe trägt. Aber Kriegsverbrechen beiderseits sind in aller Schärfe zu verurteilen. Sonst ordnet man sich einem Brandstifter der einen oder der anderen Seite unter. Das einzig Richtige ist, für den Frieden im Nahen Osten einzustehen sowie für die Demokratie und die gleichen Rechte für Israeli und Palästinenser.

RENÉ-SIMON MEYER, MITUNTERZEICHNER DES UNIA-GRÜNDUNGSVERTRAGS

Waffenstillstand

Zu Recht beklagt Jean Ziegler die völkerrechtswidrigen Handlungen der israelischen Staatsgewalt gegen die Zivilbevölkerung in Gaza. Die Massaker der Hamas an unbewaffneten Zivilpersonen, die Geiselnahme von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern sowie die völkerrechtswidrigen Raketen auf zivile Ziele bezeichnet Jean Ziegler jedoch bloss als «Angriff auf Israel». Das schockiert. Macht ihn eine sofortige Kolumnenpause einsichtig?

GUY BOLLAG, VIA WORKZEITUNG.CH

Erschreckt

Die Kolumne von Jean Ziegler hat mich erschreckt. Nicht ein Wort der Kritik an der Hamas, gezeigelt wird ausschliesslich Israel. Eine Korrektur, am besten von ihm selbst, tut not!

ANDI SCHEU, PENSIONIERTER UNIA-SEKRETÄR

WORK 19 / 17.11.2023:
FABRIKRÜCKBAU ZUM ZWEIFRANKLER-LOHN

Kontrollen!

Solche Firmen sollten für lange, lange Zeit gesperrt werden. Dieser Fall zeigt einmal mehr, dass es weiterhin einen Lohnschutz braucht und Kontrollen ausgebaut und nicht abgebaut werden müssen.

GORAN TRUJIC, VIA WORKZEITUNG.CH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.leserbriefe.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



**MARIO STEINER
FAN VON
MUSIK UND
GARTEN**

Mario Steiner ist im Kanton Aargau aufgewachsen und hat dort auch seine beiden Berufslehren als Schreiner und Innendekorateur gemacht. Vor dreissig Jahren lernte er seine Partnerin am Paléo Festival in Nyon kennen. Auch letztes Jahr sind die beiden, die seit sieben Jahren verheiratet sind, mit dem Wohnmobil wieder zum Festival an den Genfersee gefahren. Musik ist für Steiner sehr wichtig, als völkerverbindendes Element oder auch an der Fasnacht. Mit seiner Frau, die als Sozialarbeiterin im Kanton Uri arbeitet, lebt er in einer Wohnung in Altdorf und pendelt drei Mal pro Woche nach Zürich. Steiner geht selber nur noch selten ins Theater im Schauspielhaus, eher besucht und unterstützt er kulturelle Veranstaltungen in seiner Wahlheimat.

PARADIES. Als Rückzugsort zieht es Steiner in sein Rebhaus unterhalb des Schlosses Lenzburg. Dort ist der Horizont weiter als im Kanton Uri. Das Grundstück, das er seit vielen Jahren hegt und pflegt, ist sein kleines Paradies. Dort schafft er Lebensräume für Insekten und Tiere und kann die Seele baumeln lassen.



VIELFÄLTIGE MATERIALIEN: Der gelernte Schreiner ist heute Spezialist für die Verarbeitung von Textilien.

Für Tapezierer **Mario Steiner** (57) ist das Theater ein Arbeitsort und eine Lebensschule

«Modernes Theater ist wie Social Media»

Mario Steiner arbeitet seit dem Jahr 2000 als Innendekorateur für das Schauspielhaus Zürich. Seither hat Steiner einen Streik erlebt und Hunderte Bühnenbilder mitgestaltet.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS MARA TRUOG

Mario Steiner ist Tapezierer. Das hat nichts mit einer Tapete zu tun, wie wir sie heute kennen. «Das kommt von einer sehr alten französischen Berufsbezeichnung: dem Tapissier. Eine Tapissiererie ist nichts anderes als ein textiler Wandbehang», sagt er. Der Beruf sei im Mittelalter entstanden, als die Adeligen sich für ihre Burgstuben schwere Wandbehänge und Polstermöbel anfertigen liessen. Die bestickten Wandteppiche dienten zur Isolation und als Dekoration. Es sei ein aussterbender Beruf, den nur noch wenige lernen. Für das Theater hofft er auf genügend Nachwuchs für die Zukunft.

Steiner arbeitet seit 23 Jahren am Schauspielhaus Zürich. «Die nuller Jahre waren speziell. Der damalige Intendant Christoph Marthaler war berühmt für seine amüsanten musik- und gesangsgeprägten Inszenierungen.» In dieser Zeit habe er auch eine Kollegin gehabt, die das Gestalten von Räumen sehr ganzheitlich dachte und von der er sehr viel gelernt habe. «Sie hat sogar die Hinterseite der Bühne mitgedacht und teilweise gestaltet, damit die Schauspielerinnen und Schauspieler in der richtigen Stimmung auf die Bühne treten.»

WEG ZUM INNENDEKORATEUR. Steiner ist in Unterentfelden im Kanton Aargau aufgewachsen und hat eine Schreinerlehre gemacht. «Aber das war schon damals ein sehr mechanisierter und automatisierter Beruf, deshalb wollte ich noch etwas Handwerklicheres lernen.» Steiner machte eine

Zusatzlehre als Innendekorateur und spezialisierte sich auf die Restaurierung von alten Schlössern und Möbeln. «Im Aargau gibt es so viele Burgen und Schlösser, da geht dir die Arbeit nicht aus.» Einen grossen Teil seiner Lehrzeit verbrachte er auf dem Schloss Lenzburg.

Am Schauspielhaus ist Steiner heute zusammen mit seinen zwei Teamkolleginnen Spezialist für die textile Bühnenausstattung: «Wir kreieren Möbel, Bühnenelemente, Bodenbeläge oder Vorhänge und Projektionsflächen.» Das Schöne an seinem Beruf sei, dass er die Theaterprojekte von der künstlerischen Idee bis zur Premiere begleiten könne und in immer unterschiedlichen Teams zusammenarbeite. Schreinerinnen, Schlosser, Malerinnen und Innendekorateur sind alle unter einem Dach und erschaffen für jedes neue Theaterstück einzigartige Bühnenbilder.

«Ich finde diese permanenten Veränderungen wunderbar. Einen Fabrikjob könnte ich nicht machen.»

In der Bühnengestaltung habe sich in seiner Zeit am Schauspielhaus vieles verändert: «Der klassische Theaterbau existiert nicht mehr. Wir bewegen uns hin zu schnellen Schnitten und schnellen Veränderungen, mit Licht und Projektionen. So wie Social Media, das ist der Zeitgeist, die Mode.» Auch gesellschaftspolitisch sei das Schauspielhaus heute anders ausgerichtet als vor 20 Jahren: «Gender und Diversität sind grosse Themen, auf der Bühne und im Betrieb. Aber auch die aktuellen Kriege beschäftigen uns alle.» In der letzten Theatersaison hat ein Regisseur aus der Ukraine den Krieg in seiner Heimat im Stück «Antigone in Butscha» aufgenommen. In Anlehnung an die antike Tragödie «Antigone». Steiner findet es erstaunlich, welche Aktualität die Tragödien der alten Griechen bis heute haben.

Das Theater sei immer auch ein Spiegel der Gesellschaft und als Arbeitsort eine sehr gute Lebensschule. «Nichts ist für immer, alles ist vergänglich», fügt Steiner an. Das gelte am Theater ganz besonders, auch für die Bühnenbilder, die er in Handarbeit mitangefertigt habe.

THEATER IM STREIK. Mario Steiner ist auch Personalvertreter und seit 2006 Unia-Gewerkschaftsmitglied. Damals trat das gesamte technische Personal in einen Streik, also auch Schneiderinnen, Beleuchter, Bühnentechnikerinnen, Ton- und Video-Fachleute, Maske, Requisite und das Empfangspersonal. Die Gründe für den Streik: Die Stadt als Hauptaktionärin der Schauspielhaus Zürich AG wollte sparen und die Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Der Streik dauerte etwa drei Wochen, und Theatervorstellungen mussten abgesagt werden. Dann kam es zu einer Einigung und damit zu einem neuen Gesamtarbeitsvertrag. Steiner sagt: «Der Streik war definitiv anstrengender als arbeiten, mental und auch emotional.» Es sei ein sehr aufwühlender gruppendynamischer Prozess mit vielen Diskussionen gewesen. Streikende besetzten das Theater, verteilten Flugblätter und besuchten den Stadtrat bei seiner Sitzung. Lohn gab es während des Streiks nur für Gewerkschaftsmitglieder aus der Streikkasse.

Heute ist Mario Steiner zufrieden mit seinen Arbeitsbedingungen. Er hat feste Arbeitszeiten, ein gutes Team und einen soliden GAV. Mit seinem 60-Prozent-Pensum verdient er 4080 Franken brutto im Monat. Das Lohnsystem am Schauspielhaus sei transparent. «Ich verstehe nicht, warum die Löhne in der Schweiz ein solches Tabuthema sind. Wir sollten viel mehr darüber sprechen.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Niklas Franzen, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Daniel Lampart, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.